

China und Japan: Kooperation und Rivalität

Hilpert, Hanns Günther; Wacker, Gudrun

Veröffentlichungsversion / Published Version

Forschungsbericht / research report

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP)

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Hilpert, H. G., & Wacker, G. (2004). *China und Japan: Kooperation und Rivalität*. (SWP-Studie, 16/2004). Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik -SWP- Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-243454>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

SWP-Studie

Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für Internationale
Politik und Sicherheit

Hanns Günther Hilpert / Gudrun Wacker

China und Japan: Kooperation und Rivalität

S 16
Mai 2004
Berlin

Alle Rechte vorbehalten.

Abdruck oder vergleichbare
Verwendung von Arbeiten
der Stiftung Wissenschaft
und Politik ist auch in Aus-
zügen nur mit vorheriger
schriftlicher Genehmigung
gestattet.

© Stiftung Wissenschaft und
Politik, 2004

SWP

Stiftung Wissenschaft und
Politik
Deutsches Institut für
Internationale Politik und
Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3-4
10719 Berlin
Telefon +49 30 880 07-0
Fax +49 30 880 07-100
www.swp-berlin.org
swp@swp-berlin.org

ISSN 1611-6372

Inhalt

Problemstellung und Schlußfolgerungen	5
Einleitung und historischer Rückblick	7
Perzeptionen	9
Das Bild in der Öffentlichkeit	9
Kein Schlußstrich unter die Vergangenheit	10
Geschichte und ihre Instrumentalisierung	10
Politik und Diplomatie	13
Japan und die Taiwan-Frage	15
Territoriale Streitigkeiten: Diaoyutai/Senkaku	16
Gemeinsame Mitgliedschaft in multilateralen Organisationen	17
Sicherheitspolitische Beziehungen	18
Chinas Sorge: Remilitarisierung Japans	18
Japans Sorge: Destabilisierung Chinas oder Aufstieg zur modernen Militärmacht	21
Sicherheitsdialog	22
Die USA als Faktor für die chinesisch-japanischen Beziehungen	23
Nordkorea: Ansätze für Zusammenarbeit	23
Handel und Wirtschaft	24
Japan und China als Wirtschaftsmächte: Verschiebung der Gewichte?	24
Japan in Ostasien: Die Leitgans schwächelt	25
China in Ostasien: Das neue Gravitationszentrum?	26
Bilaterale Außenwirtschaftsbeziehungen	26
Rückwirkungen auf die Binnenwirtschaft	
Japans und Chinas	28
Das Verhältnis im Bereich Handel und Wirtschaft: Komplementarität und Konflikte	30
Ressourcen und Umwelt	32
Konkurrenz um natürliche Ressourcen	32
Kooperation im globalen Klimaschutz	33
Grenzüberschreitende Umweltprobleme	34
Das Verhältnis im Bereich Ressourcen und Umwelt	35
Regionale Integrationspolitik	37
Handelspolitik in Ostasien: Rivalität um die Gunst Südostasiens	37
Regionale Finanzpolitik	39
Perspektiven	41
Abkürzungen	43

China und Japan: Kooperation und Rivalität

Seit den neunziger Jahren verläuft die Entwicklung Chinas und Japans geradezu spiegelbildlich: Der wirtschaftliche und der damit verbundene außenpolitische Aufstieg Chinas kontrastiert mit wirtschaftlicher Stagnation und politischem Reformstau in Japan. Schon am Beginn der neunziger Jahre kam es zu einer Zäsur in den chinesisch-japanischen Beziehungen: Mit dem Ende des Kalten Krieges entfiel die sicherheitspolitische Bedrohung durch die Sowjetunion, wodurch sich das wichtigste bindende Element im bilateralen Verhältnis auflöste. So haben bis in die Gegenwart die Beziehungen zwischen Japan und China – den wirtschaftlich und politisch bei weitem bedeutendsten Ländern Ostasiens – keine stabile Form gefunden. Während die beiderseitige wirtschaftliche Verflechtung immer enger wird, bleibt das politische Verhältnis distanziert und birgt zahlreiche Konfliktpotentiale in sich.

Für Frieden, politische Stabilität und wirtschaftliche Entwicklung in Nordost- und Südostasien wird es von zunehmender Wichtigkeit sein, ob das chinesisch-japanische Verhältnis in Zukunft eher durch Kooperation oder durch Rivalität und Konflikt geprägt ist. Die friedliche Beilegung von Konflikten – die Nuklearkrise auf der koreanischen Halbinsel ist hierfür ein Beispiel – ist ohne konstruktive Beteiligung Japans und Chinas unwahrscheinlich, und auch Ansätze zu einer stärkeren Regionalisierung erscheinen ohne einen der beiden Staaten nicht zukunftsfruchtig. Angesichts der Bedeutung für die asiatisch-pazifische Region kann die weitere Entwicklung des japanisch-chinesischen Verhältnisses Deutschland und Europa nicht gleichgültig sein.

Die Studie befaßt sich mit Genese und Stand der chinesisch-japanischen Beziehungen sowie mit ihren Perspektiven. Sie kommt zu folgenden Schlußfolgerungen:

- ▶ Die Geschichte, insbesondere die japanische Okkupation von Teilen Chinas während des Zweiten Weltkrieges, drängt sich immer wieder als Problem in die aktuellen Beziehungen. Gerade weil das Spielen der historischen Karte für die chinesische Innenpolitik höchst relevant ist und weil in Japan eine glaubwürdige Auseinandersetzung mit der Vergangenheit auf Widerstände stößt, bleibt dieses Thema stets präsent.

- ▶ Der wirtschaftliche und militärische Aufstieg Chinas führt bei gleichzeitiger ökonomischer Stagnation Japans zu einer allmählichen Gewichtsverschiebung zugunsten Chinas, die in Japan mit Mißtrauen und Frustration beobachtet wird. Umgekehrt artikuliert China angesichts wachsender (sicherheits-)politischer Ambitionen Japans in der Region die Sorge, der japanische Militarismus könnte wieder aufleben.
- ▶ Trotz latenter Konflikte und periodischer Verstimmungen sind beide Staaten um politische Kooperation bemüht. Um seine Entwicklungsziele erreichen zu können, ist China auf gute Beziehungen zu all seinen Nachbarstaaten angewiesen und profitiert von den intensiven Wirtschaftsbeziehungen zu Japan. Japan sieht den Aufstieg Chinas als Herausforderung an und versucht, gestützt auf das Sicherheitsbündnis mit den USA, diesen berechenbar zu gestalten. Ein Durchbruch zu einem substantiell engeren Verhältnis ist aufgrund innenpolitischer Stimmungen und anhaltenden gegenseitigen Mißtrauens aber kaum vorstellbar.
- ▶ Bereits in der Gegenwart stellt das bilaterale Verhältnis eine der quantitativ wichtigsten Handels- und Wirtschaftsbeziehungen weltweit dar. Die komplementären volkswirtschaftlichen Angebotsstrukturen und Spezialisierungen in geographischer Nachbarschaft ermöglichen eine einzel- und gesamtwirtschaftliche Zusammenarbeit zum beiderseitigen Nutzen; sie haben eine Dynamik entfacht, die dafür sorgen sollte, daß der bilaterale Handels- und Investitionsverkehr – trotz sporadischer Störaktionen von Interessengruppen – auch in Zukunft an Tiefe und Breite gewinnt und zudem im globalen Wettbewerb immer wichtiger wird.
- ▶ Im Gegensatz zu den für beide Seiten vorteilhaften Handels- und Wirtschaftsbeziehungen sind die chinesisch-japanischen Beziehungen im Bereich Ressourcen und Umwelt in der Essenz ein Nullsummenspiel. Beide Länder konkurrieren um die Beanspruchung natürlicher Ressourcen. Die ökologischen Kosten industrieller Produktion und Konsumption werden zuweilen auf Nachbarländer abgewälzt. Gleichwohl vermag die chinesisch-japanische Zusammenarbeit in diesem Sektor einen beiderseitigen Interessenausgleich und eine zumindest partielle Konfliktbewältigung zu bewirken, so insbesondere beim globalen Klimaschutz und bei der Eindämmung grenzüberschreitender Umweltverschmutzung in Nordostasien.
- ▶ Auch in der regionalen Handelspolitik ist das chinesisch-japanische Verhältnis von Rivalität geprägt, wobei China gegenüber den Asean-Staaten engagierter, geschickter und erfolgreicher agiert. In der bislang nur rudimentären regionalen Finanz- und Währungspolitik indes sind Japan und China gemeinsam mit den übrigen Akteuren der Region (Asean, Südkorea) um eine krisenvermeidende, stabilitätsfördernde Kooperation bemüht.
- ▶ In beiden Staaten ist eine neue Generation von Politikern an die Macht gekommen. In Japan ist diese zunehmend weniger gewillt, sich für frühere Vergehen zu entschuldigen, und betrachtet die aus der Vergangenheit resultierenden Verpflichtungen als abgegolten. Dies entspricht auch der vorherrschenden Meinung in der japanischen Öffentlichkeit. Die neue chinesische Führung bleibt bislang den Mustern ihrer Vorgänger im Umgang mit Japan verhaftet; erstmals gab es aber Vorschläge von Intellektuellen, die Geschichte ad acta zu legen, um das Verhältnis zu Japan zukunftsorientiert gestalten zu können.
- ▶ Externe Initiativen, zum Beispiel Deutschlands, Japan beim Aussöhnungsprozeß mit seinen Nachbarn zu unterstützen, haben letztlich nicht dazu geführt, daß die Diskussionen über den Umgang mit der eigenen Vergangenheit verstummt sind. Eine positive, das heißt vor allem konfliktmindernde Einflußnahme deutscher und europäischer Politik auf das chinesisch-japanische Verhältnis scheint nur mittelbar möglich zu sein, beispielsweise im Rahmen des Asem-Dialogs oder mittels deutsch-japanischer Kooperation in der Entwicklungs- und Umweltpolitik gegenüber China.

Einleitung und historischer Rückblick

Das Verhältnis zwischen den beiden wichtigsten Staaten in Ostasien,¹ Japan und China, ist geprägt von zunehmender wirtschaftlicher Integration einerseits und anhaltendem politischem Mißtrauen andererseits. 2002 jährte sich zum dreißigsten Mal die Aufnahme diplomatischer Beziehungen, und im Jahr 2003 waren 25 Jahre vergangen, seitdem der Vertrag über Freundschaft und Frieden zwischen China und Japan unterzeichnet wurde.² Trotz dieser Jubiläen und der aus diesem Anlaß abgehaltenen offiziellen Feiern fand aber in keinem der beiden Jahre ein Staatsbesuch auf höchster Ebene statt. Die wachsende Intensität der Wirtschaftsbeziehungen zwischen China und Japan findet keine Entsprechung im politischen und sicherheitspolitischen Bereich: Trotz ihrer geographischen Nähe, ihrer wechselseitigen kulturellen Einflüsse in der Vergangenheit und ihres zunehmenden Wirtschaftsaustausches sind Japan und China einander fremd geblieben und hegen Mißtrauen gegeneinander.³

In dieser Studie wird untersucht, welche Faktoren die Beziehungen zwischen China und Japan in den letzten Jahren maßgeblich geprägt haben, wie sich das Verhältnis – sowohl bilateral als auch im regionalen Kontext – heute darstellt und wie es sich möglicherweise in Zukunft gestalten wird. Die Frage, ob Kooperation oder Rivalität und Konflikt zwischen China und Japan die Oberhand gewinnen werden, ist nicht nur für die beiden Länder relevant, sondern für die gesamte Region.

Die Geschichte vor allem der letzten zweihundert Jahre spielt für das heutige Verhältnis zwischen China und Japan eine wesentliche Rolle, denn sie hat die

Wahrnehmung des jeweils anderen Landes und Volkes entscheidend beeinflusst. Über Jahrhunderte hinweg hatte China auf das Nachbarland Japan kulturell und zivilisatorisch ausgestrahlt: China war die überlegene Kulturnation, deren Schrift, Staatswissenschaften, Philosophie, Religion und technische Errungenschaften von Japan importiert, adaptiert und weiterentwickelt wurden. Als im 19. Jahrhundert die westlichen imperialistischen Mächte nach Ostasien vorstießen, reagierten China und Japan vollkommen unterschiedlich. Im Bewußtsein eigener zivilisatorischer Überlegenheit akzeptierte China die Notwendigkeit technischer, politischer und gesellschaftlicher Reformen nur zögernd und wurde schließlich militärisch besiegt und wirtschaftlich kolonialisiert bzw. in »Einflußgebiete« der imperialistischen Mächte aufgeteilt. Japan dagegen schlug einen erfolgreichen Kurs der Erneuerung ein. Indem es sich an den europäischen Großmächten orientierte, stieg es zur regionalen Militär- und Kolonialmacht auf. Die imperiale Expansion Japans nach Ostasien hatte dann beinahe zwangsläufig die Konfrontation mit der traditionellen Vormacht, nämlich China, zur Folge. So mußte China im Krieg mit Japan 1894/95 eine als entwürdigend empfundene Niederlage hinnehmen und die Insel Taiwan abtreten. Nur wenige Jahre nach dem Ende des chinesischen Kaiserreiches und der Ausrufung der Republik China im Jahr 1911 präsentierte Japan China die »21 Forderungen«; sie zielten darauf ab, China in eine Art panasiatische Union unter Führung Japans einzugliedern.

Japans Okkupation der Mandschurei im Jahr 1931 und die Installierung eines Marionettenkaisers – in der Person des letzten chinesischen Kaisers der 1911 durch die Republik China abgelösten Qing-Dynastie – sowie die ab 1937 erfolgte Eroberung und Besetzung weiter Teile Chinas durch die japanische Armee endeten zwar 1945 mit der bedingungslosen Kapitulation Japans; doch der Umgang Japans mit diesem Kapitel seiner Geschichte belastet bis heute die Beziehungen zu China. Die mangelnde Auseinandersetzung mit der eigenen Vergangenheit hat dafür gesorgt, daß auf chinesischer Seite weiterhin Mißtrauen gegenüber Japan besteht.

1 Ostasien wird hier und im folgenden verstanden als geographische Region bestehend aus Südostasien (mit den Ländern der Asean-Gemeinschaft) und aus Nordostasien (Japan, koreanische Halbinsel, China, Mongolei, Fernostgebiete Rußlands).

2 Dieser war 1978 von Deng Xiaoping bei seinem Japan-Besuch unterzeichnet worden.

3 Ein chinesischer Wissenschaftler beschreibt dies als »Wirtschaft heiß, Politik und Sicherheit kalt«. Vgl. Sun Cheng, Zhidou de anquan guanxi he chulu [Stagnierende Sicherheitsbeziehungen und Auswege], in: Xiandai Guoji Guanxi, (2003) 10, S. 5–7 (6).

Während der fünfziger Jahre verfolgte Japan gegenüber der neu gegründeten Volksrepublik zunächst eine Strategie, in der politische und wirtschaftliche Beziehungen voneinander abgekoppelt waren. Handelsbeziehungen zwischen Japan und China blieben bestehen, obwohl man sich gegenseitig nicht formell anerkannte und im Koreakrieg in zwei unterschiedlichen Lagern stand.⁴ In den Jahrzehnten nach dem Bruch zwischen China und der Sowjetunion Anfang der sechziger Jahre stand das Verhältnis zwischen China und Japan im Zeichen des Kalten Krieges und der Eindämmung der Sowjetunion. Nach dem Abbruch der chinesisch-sowjetischen Handelsbeziehungen avancierte Japan sogar zum führenden Ausrüster in Chinas Industrialisierung.

Japan wurde im März 1972 zwar von der Initiative des damaligen amerikanischen Präsidenten Richard Nixon zur Normalisierung der chinesisch-amerikanischen Beziehungen völlig überrascht, da die USA ihren Hauptverbündeten im Pazifik nicht über dieses Vorhaben informiert hatten. Es folgte dann aber dem amerikanischen Vorbild: Mit einem Gemeinsamen Kommuniqué vom September 1972 wurden die diplomatischen Beziehungen zwischen Japan und der Volksrepublik China formell aufgenommen, wobei eine Reihe von Formulierungen – unter anderem eine gegen die Sowjetunion gerichtete Anti-Hegemonie-Klausel – aus dem entsprechenden amerikanisch-chinesischen Dokument übernommen wurde. China verzichtete in dem Kommuniqué formell auf japanische Reparationsleistungen.⁵ Mit der diplomatischen und wirtschaftlichen Annäherung der siebziger und achtziger Jahre gingen aber keine entsprechenden Anstrengungen zur Aussöhnung zwischen beiden Ländern einher. Zwar akzeptierten sich Japan und China als Teile eines weiteren Sicherheitsarrangements in der Region, die Bevölkerungen beider Länder blieben sich aber weitgehend fremd.

⁴ Vgl. Akira Iriye, *Chinese-Japanese Relations, 1945–90*, in: *China Quarterly*, (Dezember 1990) 124, S. 624–638.

⁵ China erkennt diesen Verzicht auf Reparationsleistungen zwar nach wie vor an, argumentiert jedoch, Japan solle die jetzt noch auftretenden Probleme infolge des Krieges (z.B. chemische Waffen) »ernsthaft in Betracht ziehen und richtig behandeln«. Vgl. Website des chinesischen Außenministeriums, <<http://www.fmprc.gov.cn/eng/wjb/zzjg/yzs/gjlb/2721/default.htm>> (Zugriff: 5.1.2004).

Perzeptionen

Das Bild in der Öffentlichkeit

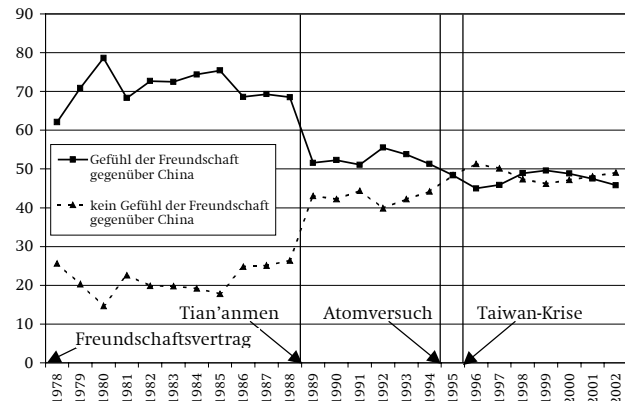
In Japan werden bereits seit 1978 im Auftrag des Premierministeramtes repräsentative Umfragen zum Bild Chinas in der Öffentlichkeit erhoben. Auch in China sind in den neunziger Jahren Zivilgesellschaft und öffentliche Meinung wichtiger geworden, Meinungsumfragen gewinnen zusehends an Bedeutung. So führten in den Jahren 1997 und 2002/03 die japanische Tageszeitung *Asahi Shimbun* und die chinesische Akademie für Sozialwissenschaften in beiden Staaten eine gemeinsame Erhebung über die Wahrnehmung des jeweils anderen Landes durch.

Betrachtet man die japanischen Umfragen über die Jahre, fällt vor allem auf, daß mit der Niederschlagung der Studentenbewegung auf dem Tian'anmen-Platz im Jahr 1989 ein großer Sympathieverlust in der japanischen Öffentlichkeit zu verzeichnen war. Weitere Ereignisse (Atomversuche 1995, Krise in der Taiwanstraße 1995/96) sorgten dafür, daß sich Chinas Ansehen in Japan auf konstant niedrigem Niveau hält. Während Anfang der achtziger Jahre noch rund 70% der befragten Japaner China als einen Freund Japans betrachteten, waren es im Jahr 2002 nur noch 45,6%. Gegenteiligere Ansicht waren 49,1% der Befragten, im Vergleich zu 20% zu Beginn der achtziger Jahre (siehe Abbildung 1). Eine im Auftrag des japanischen Außenministeriums 2002 durchgeführte Umfrage⁶ gab Auskunft darüber, was in den Augen der japanischen Öffentlichkeit die Beziehungen zu China am meisten belastet. An vorderster Stelle standen bilaterale Handels- und Wirtschaftskonflikte (47,6%), die unbewältigten Geschichtsprobleme (44,3%) sowie Kriminalität und illegale Einwanderung von Chinesen in Japan (38,4%). Als weniger wichtig wurden dagegen Territorialprobleme (22,5%), die militärische Macht Chinas (20,3%), Verstimmungen wegen der politischen Konditionierung von Entwicklungshilfe (14,8%) und der Taiwan-Konflikt (13,5%) angesehen. In der gleichen

Umfrage sahen 18,2% der Befragten China als aktuelle, 38,7% als zukünftige militärische Bedrohung Japans.

Abbildung 1

Einstellung gegenüber China in Japan, 1978–2002 (in %)



Quelle: Basiert auf <<http://www8.cao.go.jp/survey/h14/h14-gaikou/images/zu05.gif>> (Zugriff: 4.2.2004).

Noch ungünstiger fielen die Einschätzungen Japans in China aus. So ergab die erwähnte Umfrage der chinesischen Akademie für Sozialwissenschaften, daß 2002 nur 10% der befragten Chinesen »Japan mögen« und nur 7% der Meinung waren, man müsse mit Japan befreundet sein. 50% hielten die bilateralen Beziehungen für unbefriedigend, nur 22% sahen sie als befriedigend an. Als Gründe für die schlechten Beziehungen wurden in erster Linie die unzureichende Wiedergutmachung Japans (86%) und das historische Bewußtsein der Japaner (80%) angeführt.⁷ *Asahi Shimbun* zog aus der Umfrage das Fazit, daß die Mehrzahl der Befragten in beiden Ländern die Beziehungen nicht für gut halte und sich das chinesisch-japanische Verhältnis im Vergleich zu früheren Jahren verschlechtert habe.⁸ Das negative Bild Japans in der chinesi-

⁶ Die Ergebnisse der Umfrage finden sich auf der Homepage des japanischen Außenministeriums, vgl. <http://www.mofa.go.jp/mofaj/area/china/yoron_k.html> (Zugriff: 12.2.2004).

⁷ Beide Umfragen zit. von Hu Xiping, Neizai guidingxing jue ding zong fangxiang [Die innere Festlegung bestimmt die Gesamtrichtung], in: Xiandai Guoji Guanxi, (2003) 10, S. 17f; vgl. auch: James J. Pryztup, Congratulations, Concern, Competition, and Cooperation, in: Comparative Connections, 4 (Januar 2003) 4, <<http://www.csis.org/pacfor/cc/0204Q.html#jc>> (Zugriff: 17.1.2003).

⁸ Vgl. Shi Yinhong, Sino-Japanese Rapprochement as a »Diplomatic Revolution«, 30.10.2003, <<http://www.uscc.gov/>

schen Öffentlichkeit kommt auch in einem anderen Medium deutlich zum Ausdruck, dem Internet. Hier machen sich nationalistische Gefühle Luft, und es werden zuweilen extreme Meinungen geäußert.⁹

Kein Schlußstrich unter die Vergangenheit

Nachdem der japanische Kaiser Hirohito Anfang des Jahres 1989 gestorben war, äußerten konservative Kreise in Japan die Erwartung, daß nun die Nachkriegszeit abgeschlossen sei und Japan frei von den Bürden der Kriegsvergangenheit handeln könne. Tatsächlich wurden aber die japanische Besetzung Chinas im Zweiten Weltkrieg und die von den Militärs verübten Kriegsgreuel von den überlebenden Opfern und ihren Unterstützern in den neunziger Jahren mit ungewohnter Schärfe aufgegriffen. Während des Zweiten Weltkriegs hatten Japaner Experimente an Chinesen mit verschiedenen Krankheitserregern durchgeführt,¹⁰ Chinesen wurden als Zwangsarbeiter in Bergwerken eingesetzt und Frauen zur Prostitution in Militärbordellen gezwungen (sogenannte Trostfrauen).

Klagen chinesischer Überlebender oder von Angehörigen chinesischer Opfer gegen die japanische Regierung waren bislang nicht erfolgreich. In den Urteilen wurde zwar das Unrecht der japanischen Handlungen eingeräumt, aber dennoch kein Schaden-

ersatz zugebilligt – unter anderem mit der Begründung, die Angelegenheit sei verjährt. Nach offizieller japanischer Rechtsauffassung sind Reparationszahlungen, unter denen entsprechende Entschädigungen zu subsumieren wären, durch bestehende Verträge bereits abgegolten. Dagegen erkannte ein von asiatischen und japanischen NGOs ins Leben gerufenes Tribunal in Tokyo Anfang Dezember 2000 Kaiser Hirohito für schuldig und die japanische Kriegsregierung für verantwortlich der Vergewaltigung, der sexuellen Sklaverei und der Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Die japanische Regierung wurde aufgefordert, ihre rechtliche Verantwortung anzuerkennen, sich bei den Opfern zu entschuldigen und diese angemessen zu entschädigen.¹¹

Die im Zweiten Weltkrieg von Japan in China eingesetzten chemischen und biologischen Kampfstoffe wurden beim Abzug der japanischen Armee dort zurückgelassen. Nach Schätzungen geht es um insgesamt 700 000 Behälter. Bei einem Zwischenfall im August 2003 stießen chinesische Arbeiter auf einer Baustelle in Qiqihar (Provinz Heilongjiang) auf fünf Fässer mit Senfgas. Mehrere Arbeiter wurden verletzt, einer starb an den Folgen der Verbrennungen. China verlangte Wiedergutmachung, Japan bot den Angehörigen des Opfers eine (freiwillige) Abfindung an.¹² Eine Petition im Internet, die von chinesischen Websites organisiert wurde und in der Entschädigungen für die Opfer, die Beseitigung der Hinterlassenschaften und eine Entschuldigung Japans gefordert wurden, erbrachte innerhalb von einem Monat mehr als eine Million Unterschriften.¹³

Geschichte und ihre Instrumentalisierung

Seit den achtziger Jahren wurde von chinesischer Seite immer wieder gezielt an die Schuld Japans erinnert. Mit dem Rückgriff auf die Vergangenheit versuchte China sicherzustellen, daß Japan den

hearings/2003hearings/written_testimonies/031030bios/sing-japrapprochement.htm> (Zugriff: 2.5.2004). Dieser Beitrag erschien ursprünglich in chinesischer Sprache in *Zhanlue yu Guanli* [Strategy and Management] im Februar 2003.

⁹ Beispielsweise findet sich eine Website, die Stimmung gegen den Bau einer neuen Schnellbahnverbindung zwischen Shanghai und Beijing durch japanische Firmen macht. Die Seite findet sich unter <http://www.1931-9-18.org/active/20030729_1.htm> (Zugriff: 9.2.2004). In Beijing wurde Gudrun Wacker in Gesprächen mit Wissenschaftlern im November 2003 gesagt, der erprobte Shinkansen wäre wohl die beste Lösung für die geplante Schnellbahnstrecke, aber die antijapanische Stimmung in der Bevölkerung mache es schwierig, Japan den Zuschlag zu geben. Auf der Website <<http://www.1931-9-18.org>> finden sich auch andere Themen wie die zwischen China und Japan umstrittenen Inseln Diaoyutai/Senkaku.

¹⁰ Die Einheit 731 unterhielt eine geheime Einrichtung in Harbin im Nordosten Chinas, wo Experimente mit biologischen Kampfstoffen durchgeführt wurden. Vgl. Denny Roy, *Stirring Samurai, Disapproving Dragon: Japan's Growing Security Activity and Sino-Japan Relations*, Honolulu: Asia-Pacific Center for Security Studies, September 2003 (Occasional Paper), S. 7, <<http://www.apcss.org/Publications/Ocasional%20Papers/OPStirring%20Samurai,%20Roy.pdf>> (Zugriff: 20.1.2004).

¹¹ Vgl. <<http://www1.jca.apc.org/vaww-net-japan/english/womentribunal2000/whatstribunal.html>> (Zugriff: 11.12.2003).

¹² Vgl. Meldungen im August und September 2003, z.B. Associated Press, 22.8.2003, zit. n. NAPSNET Daily Report, 22.8.2003; Agence France-Presse, 2.9.2003, zit. n. NAPSNET Daily Report, 2.9.2003.

¹³ Reuters, 17.9.2003, zit. n. NAPSNET Daily Report, 17.9.2003. Die Organisatoren räumten allerdings ein, daß sie nicht in der Lage waren, die Unterschriften zu überprüfen. Vgl. auch China Nets Million Japan Protests, BBC News, 17.9.2003.

Modernisierungsprozeß Chinas durch Entwicklungshilfe, zinsgünstige Kredite, privatwirtschaftliche Investitionen und Technologietransfer unterstützt. Die noch immer weitgehend staatlich gelenkten Medien schüren die ohnehin vorhandenen antijapanischen Stimmungen in der Bevölkerung, indem zu bestimmten Jahrestagen Artikel erscheinen, mit denen an die Kriegsverbrechen Japans erinnert wird. Durch diese Berichterstattung erhofft sich die chinesische Staatsführung eine patriotische Legitimation.¹⁴

Staatlich geförderter Nationalismus ist in China innenpolitisch wie außenpolitisch von Bedeutung.¹⁵ Nationalistisch motivierte Proteste richten sich dort zunehmend auch gegen eigene Politiker, die als zu nachgiebig im Umgang mit dem Ausland wahrgenommen werden. Dieses Phänomen bezieht sich nicht nur auf Konflikte mit Japan,¹⁶ jedoch gibt es im Falle Japans ein brisantes historisches Vorbild: Die »4-Mai-Bewegung« wurde im Jahr 1919 ausgelöst, als die chinesische Delegation mit der Unterzeichnung der Versailler Verträge der Abtretung der ehemaligen deutschen Besitzungen in China an Japan zustimmte. Nachdem die Bedingungen bekannt geworden waren, auf die sich China eingelassen hatte, formierten sich Demonstrationen und Proteste in Beijing und anderen Städten, bei denen unter anderem das Haus eines als Japan-freundlich geltenden Politikers belagert und schließlich angezündet wurde.¹⁷ Historische »Lehren« dieser Art sind fest in den Köpfen der chinesischen politischen Elite verankert. Daher toleriert und unterstützt die Führung zwar einerseits nationalistische – und vor allem antijapanische – Stimmungen und Mei-

nungsäußerungen der Bevölkerung, ist aber andererseits darum bemüht, diese unter Kontrolle zu halten.

Die ständige Instrumentalisierung der Vergangenheit für Chinas politische und wirtschaftliche Zwecke läuft der Aussöhnung beider Länder zwangsläufig zuwider. Die immer wieder vorgebrachten Anschuldigungen und Schmähungen Japans haben das Bild Chinas in Japan beschädigt.¹⁸ Man würde sich in Japan eine differenziertere Beurteilung wünschen, etwa die Anerkennung der pazifistischen Nachkriegsgeschichte oder der Tatsache, daß auch Japan als Ziel zweier Atombombenabwürfe zum Opfer im Zweiten Weltkrieg geworden ist.

Umgekehrt wird Geschichte aber auch in Japan instrumentalisiert. Der gegenwärtige Ministerpräsident Koizumi Junichiro besucht in seiner offiziellen Funktion seit seinem Amtsantritt im April 2001 alljährlich den Yasukuni-Schrein, die nationale Gedenkstätte für die ca. 2,6 Millionen Kriegsgefallenen Japans seit Beginn der Meiji-Restauration (1868). Der Schrein ist mehr als eine nationale Gedenkstätte. Er war vor und während des Zweiten Weltkrieges das offizielle Zentrum von Kaiserkult und Staats-Shintoismus und versinnbildlichte damals den aggressiven Nationalismus Japans. Zudem wurden dort 1978 die 14 verurteilten und hingerichteten Kriegsverbrecher als »Helden-seelen« aufgenommen. Der Besuch eines jeden staatlichen Würdenträgers, und des Ministerpräsidenten allemal, besitzt damit eine stark revisionistische Symbolik. Es sind jedoch nicht primär revisionistische Gründe, sondern eher innenpolitische Überlegungen, die konservative Politiker veranlassen, den Yasukuni-Schrein zu besuchen. So unterstützt die etwa eine Million Mitglieder zählende nationale Hinterbliebenenvereinigung (*Nihon Izokukai*) die Regierungspartei LDP wirkungsvoll mit Spenden und Wählerstimmen. Auch geht es Koizumi wohl darum, durch den symbolhaften Rückgriff auf die nationale Tradition die Identität Japans in Zeiten der Krise zu festigen.¹⁹

Im asiatischen Ausland gibt es wenig Verständnis für diese Schreinbesuche. Sie werden als Zeichen fehlender Reue interpretiert und verurteilt. Der Vorwurf,

¹⁴ Vgl. Daqing Yang, *Mirror for the Future or the History Card? Understanding the History Problem*, in: Marie Söderberg (Hg.), *Chinese-Japanese Relations in the Twenty-first Century. Complementarity and Conflict*, London/New York: Routledge, 2002, S. 10–31 (16f).

¹⁵ Vgl. zu solchen innenpolitischen Dimensionen am Beispiel des Territorialkonfliktes zwischen China und Japan ausführlich Phil Deans, *Contending Nationalisms and the Diaoyutai/Senkaku Dispute*, in: *Security Dialogue*, 31 (März 2000) 1, S. 119–131.

¹⁶ Zum Beispiel gab es Kritik an einer zu weichen Haltung der chinesischen Führung gegenüber Indonesien während der Asienkrise, als China nicht sehr lautstark gegen Ausbreitungen protestierte, die sich gegen in Indonesien lebende Chinesen richteten. Der gleiche Vorwurf wurde erhoben, als ein amerikanisches Aufklärungsflugzeug vor der chinesischen Südküste mit einem chinesischen Kampfflugzeug kollidierte.

¹⁷ Vgl. dazu im einzelnen Chow Tse-tsung, *The May Fourth Movement. Intellectual Revolution in Modern China*, Cambridge, Mass.: Harvard University Press, 1960.

¹⁸ Vgl. Tomoyuki Kojima, *Japan's China Policy*, in: Peter Drysdale/Dong Dong Zhang (Hg.), *Japan and China – Rivalry or Cooperation in East Asia?*, Canberra: Australian National University, 2000, S. 33–47 (33–35).

¹⁹ Zur Geschichte und Symbolik des Yasukuni-Schreins und seiner Instrumentalisierung in der Politik Japans vgl. Iris Wieczorek, *Kontroversen um den Yasukuni-Schrein: Kriegsmahnmal oder Symbol eines japanischen Nationalismus?*, in: *Japan Aktuell*, (2001) 4, S. 382–389.

Japan habe sich – im Unterschied zu Deutschland – nicht kritisch mit seiner Vergangenheit auseinandergesetzt, ist in China weit verbreitet.²⁰ Er entzündet sich nicht nur an der starren Haltung der japanischen Regierung zur Frage der Wiedergutmachung für Zwangsarbeiter und »Trostfrauen«, sondern auch an dem immer wieder aufflammenden Streit über die Darstellung der Rolle Japans im Zweiten Weltkrieg. Als im April 2001 das japanische Erziehungsministerium zwei Geschichtsbücher genehmigte, in denen Japans Kriegsgeschichte bereinigt und beschönigt dargestellt wurde, waren heftige Proteste Chinas und Koreas die Folge. Einer chinesischen Forderung, die umstrittenen Geschichtsbücher in acht Punkten zu korrigieren, kam das japanische Erziehungsministerium nicht nach.

²⁰ Vgl. zum Umgang Japans mit diesem Problem John Miller, *Japan's Burden of History – Can It Be Lifted?*, Honolulu: Asia-Pacific Center for Security Studies, Oktober 2002 (Occasional Paper Series), <<http://www.apcss.org/Publications/Ocasional%20Papers/OPJapanBurden.pdf>> (Zugriff: 3.2.2004).

Politik und Diplomatie

Die »Bürde der Geschichte« und der wechselseitige Umgang damit erklären, warum die bilateralen politischen Beziehungen zwischen China und Japan weniger eng sind, als es die geographische Nähe und die starke wirtschaftliche Verflechtung erwarten ließen. Die allgemeine Grundlage für die Beziehungen beider Länder bilden drei Dokumente, nämlich das Gemeinsame Kommuniqué vom September 1972, mit dem beide Staaten sich gegenseitig anerkannten, der »Vertrag über Frieden und Freundschaft« vom April 1978 und die im November 1998 anlässlich des Staatsbesuches des damaligen chinesischen Präsidenten Jiang Zemin in Japan unterzeichnete »Gemeinsame Erklärung über den Aufbau einer Partnerschaft der Freundschaft und Zusammenarbeit für Frieden und Entwicklung«.²¹ Vor allem die chinesische Seite erinnert immer wieder an die Gültigkeit dessen, was in diesen Dokumenten vereinbart wurde – insbesondere an das Bekenntnis Japans zur Ein-China-Politik.²²

Weitere wichtige Kooperationsabkommen befaßten sich mit Handel (Juni 1978), Kulturaustausch (Dezember 1979), Wissenschaft und Technologie (Mai 1980), friedlicher Nutzung der Kernenergie (Juli 1985), Umweltschutz (März 1994) und der Beseitigung der von Japan im Zweiten Weltkrieg in China zurückgelassenen chemischen Waffen (Juli 1999).

Nach der Niederschlagung der Studentenbewegung auf dem Tian'anmen-Platz im Juni 1989 verhängten alle westlichen Staaten Sanktionen gegen China und setzten die Kontakte auf höchster politischer Ebene erst einmal aus. Auch Japan beteiligte sich an diesen Maßnahmen. Dann aber hob Japan – aus Sorge um die Fortführung der wirtschaftlichen Reformen und die politische Stabilität Chinas – als erstes Land aus der G-7-Gruppe der westlichen Industrienationen

nicht nur das Kreditembargo gegen China wieder auf, der damalige japanische Premierminister Kaifu Toshiki reiste auch als erstes »westliches« Staatsoberhaupt bereits 1991 wieder nach China.²³ Im Oktober des darauffolgenden Jahres besuchte auch der neue japanische Kaiser mit seiner Frau das Nachbarland. Er drückte seine »Trauer« über die Ereignisse des Zweiten Weltkrieges in China aus, was der immer wieder geforderten offiziellen Entschuldigung Japans für die in China begangenen Kriegsverbrechen relativ nahe kam.²⁴

Schienen die politischen Beziehungen durch diese symbolträchtigen Besuche endgültig stabilisiert, und dies in einer Phase, als China international wenig Ansehen genoß, so tauchten im Laufe der neunziger Jahre neue Irritationen und Probleme auf. Auch das alte Thema Geschichte erwies sich als hartnäckig. Mehrere Faktoren spielten hierfür eine Rolle:²⁵

- ▶ Das Ende des Kalten Krieges markierte einen Einschnitt in den chinesisch-japanischen Beziehungen der Nachkriegszeit. Das feste Muster, das diese Beziehungen über Jahrzehnte dominierte, begann sich in den neunziger Jahren aufzulösen.
- ▶ Neue strukturelle Entwicklungen und Elemente veranlaßten China und Japan, in der Außen- und Sicherheitspolitik divergierende, zuweilen gegensätzliche Interessen zu verfolgen. In beiden Ländern nahm eine neue Generation von Politikern Machtpositionen ein, die bilateral und international selbstbewußter und nationalistischer agierten.
- ▶ China wurde in den neunziger Jahren zu einer immer stärkeren ökonomischen Macht innerhalb Asiens und gewann politisch ebenfalls an Gewicht. Aber auch Japan strebte eine wichtigere politische Rolle in der Region an.

²¹ Englischer Volltext des Freundschaftsvertrages von 1978 und der Gemeinsamen Erklärung von 1998 auf der Website des japanischen Außenministeriums unter <<http://www.mofa.go.jp/region/asia-paci/china/treaty78.html>> und <<http://www.mofa.go.jp/region/asia-paci/china/visit98/joint.html>> (Zugriff: 5.1.2004).

²² Die Ein-China-Politik besagt, daß es nur ein China gibt und Taiwan davon ein untrennbarer Bestandteil ist. Fast alle Staaten der Welt haben sich von der Volksrepublik China auf diese Formulierung festlegen lassen.

²³ Allen S. Whiting, China and Japan: Politics versus Economics, in: The Annals of The American Academy of Political and Social Sciences, 519 (Januar 1992), S. 39–51 (46).

²⁴ Vgl. Todd Crowell/Murakami Mutsuko, History's Unquiet Ghosts, <<http://www.asiaweek.com/asiaweek/98/1211/nat1.html>> (Zugriff: 10.2.2004).

²⁵ Vgl. Jin Xide, The Background and Trend of the Partnership, in: Söderberg (Hg.), Chinese-Japanese Relations in the Twenty-first Century [wie Fn. 14], S. 103–113 (104f).

Auf oberster politischer Ebene fanden zwar immer wieder Treffen statt, doch wurde der Staatsbesuch des damaligen chinesischen Präsidenten Jiang Zemin in Japan im November 1998 zu einem Mißerfolg. Jiang versuchte dem japanischen Premierminister Obuchi Keizo eine ähnlich eindeutige Stellungnahme zu Taiwan zu entlocken, wie sie US-Präsident Clinton bei seiner China-Reise im Juni desselben Jahres mit den »drei Neins«²⁶ abgegeben hatte. Als Japan nicht über die bis dahin gewählten Formulierungen hinausging und Jiang ein weiteres Mal den Vorwurf erhob, Japan setze sich nicht ausreichend mit seiner Vergangenheit auseinander, zog dies nicht die bei früheren Gelegenheiten übliche Entschuldigung nach sich. Japan hatte seinerseits darauf gehofft, daß der chinesische Präsident – wie zuvor sein südkoreanischer Amtskollege Kim Dae-Jung – ein Zeichen setzen und die Vergangenheit ruhen lassen würde. Da Kim bei seinem Besuch in Japan aber eine schriftliche Entschuldigung für Japans Vergehen im Zweiten Weltkrieg erhalten hatte, erwartete auch der chinesische Staatspräsident einen solchen formellen Akt.²⁷ Der japanische Premierminister, der innenpolitisch unter dem Druck des rechtskonservativen Flügels der LDP stand, machte mit seiner Weigerung deutlich, daß Japan nicht länger gewillt war, dem bisherigen Muster von Schuldzuweisung–Entschuldigung–Kompensation zu folgen. Dennoch unterzeichneten die beiden Staatsführer bei diesem Besuch eine »Gemeinsame Erklärung«, in der insgesamt eine positive Bilanz der Beziehungen gezogen und gleichzeitig vereinbart wurde, daß fortan jedes Jahr ein gegenseitiger Staatsbesuch auf höchster politischer Ebene stattfinden sollte. Diese Vereinbarung wurde aber in den folgenden Jahren nicht konsequent eingehalten.

Mit dem Amtsantritt von Premierminister Koizumi im April 2001 wurde die Geschichte erneut zum Thema in den Beziehungen zwischen China und Japan. Das lag hauptsächlich daran, daß Koizumi es sich – im Unterschied zu seinen Amtsvorgängern – zur Regel machte, den Yasukuni-Schrein einmal im Jahr aufzusuchen. Als Premierminister besuchte Koizumi den Schrein erstmals am 13. August 2001 – ein aus chinesischer Sicht besonders unpassendes Datum, da sich

zwei Tage später das offizielle Ende des Zweiten Weltkrieges in Fernost jährte. Als Reaktion darauf kam ein geplanter China-Besuch Koizumis im Vorfeld des Apec-Gipfels, der im Oktober 2001 in Shanghai stattfand, nur mühsam zustande, wurde als »Arbeitstreffen« deklariert und auf einen Tag beschränkt. Allerdings nutzte Koizumi diesen kurzen Besuch, um die Lugou-Brücke (Marco-Polo-Brücke)²⁸ außerhalb Beijings und die dortige Gedenkhalle des antijapanischen Widerstandes zu besichtigen, sich bei den chinesischen Kriegsoffizieren zu entschuldigen und einen Kranz niederzulegen.²⁹

Entgegen chinesischen Erwartungen behielt Koizumi sein Ritual der Schreinbesuche dann aber bei.³⁰ Die chinesische Seite hat mehr als einmal deutlich gemacht, daß unter diesen Umständen ein offizieller Staatsbesuch Koizumis nicht möglich sei.³¹ Offenbar ist für Koizumi der innenpolitische Nutzen größer als der außenpolitische Schaden. Letzterer hält sich insofern in Grenzen, als trotz Verstimmung auf oberster chinesischer Ebene der japanische Premierminister und der chinesische Präsident oder Premierminister immer wieder im Rahmen internationaler Großereignisse zu bilateralen Gesprächen zusammenfanden: beim Asem-Gipfel in Kopenhagen im September 2002, im Oktober desselben Jahres beim Apec-Gipfel in Mexiko, beim Asean+3-Gipfel³² in Kam-

28 Am 7. Juli 1937 hatte die japanische Armee die chinesische Garnison an der Marco-Polo-Brücke angegriffen. Dieses Ereignis markierte den Beginn der japanischen Invasion Chinas.

29 Vgl. Japanese PM Koizumi Expresses Heartfelt Apology over Aggression, 9.10.2001, <http://fpeng.peopledaily.com.cn/200110/08/eng20011008_81757.html> (Zugriff: 30.1.2004).

30 Im April 2002; 2003 und 2004 jeweils im Januar.

31 Koizumi nahm aus diesem Grund auch nicht an den Feierlichkeiten zum 30. Jahrestag der Normalisierung des chinesisch-japanischen Verhältnisses in Beijing teil. Der chinesische Außenminister Li Zhaoxing sprach gegenüber seiner japanischen Amtskollegin Yoriko Kawaguchi bei seiner Visite in Japan im August 2003 das Problem der Schreinbesuche erneut an. Er verwies auf die flexiblere Haltung der neuen chinesischen Führung im Vergleich zu Jiang Zemin, die aber nichts an den »Prinzipien und Regeln« ändere. Vgl. James J. Pryzstus, *Bridges to the Future, Reflections on the Past*, in: *Comparative Connections*, 5 (Oktober 2003) 3, <http://www.csis.org/pacfor/cc/0303Qjapan_china.html> (Zugriff: 5.12.2003).

32 Als Asean+3 werden die zehn Asean-Mitgliedstaaten (Birma, Brunei, Indonesien, Kambodscha, Laos, Malaysia, Philippinen, Singapur, Thailand und Vietnam) und die drei Staaten Japan, China und Südkorea bezeichnet, die im Dezember 1997 eine informelle, aber kontinuierliche wirtschaftliche und politische Zusammenarbeit vereinbart haben.

26 Das heißt keine zwei Chinas, kein »Ein-China« und »Ein-Taiwan«, kein unabhängiges Taiwan (*no two Chinas, no one China« and »one Taiwan«, no independent Taiwan*).

27 Vgl. dazu z.B. Ming Wan, *Tensions in Recent Sino-Japanese Relations. The May 2002 Shenyang Incident*, in: *Asian Survey*, 43 (September/Oktober 2003) 5, S. 826–844 (842), sowie Crowell/Murakami, *History's Unquiet Ghosts* [wie Fn. 24].

bodscha im November 2002, in Rußland bei der Feier anlässlich des 300jährigen Stadtjubiläums St. Petersburgs im Mai 2003 sowie beim Apec-Gipfel in Bangkok im Oktober desselben Jahres. Bei diesen Gelegenheiten wurden Schritte vereinbart, die das chinesisch-japanische Verhältnis verbessern sollen. Beispielsweise verabredeten Koizumi und der neue chinesische Parteivorsitzende und Staatspräsident Hu Jintao³³ in St. Petersburg und Bangkok, ein »Neues chinesisch-japanisches Komitee im 21. Jahrhundert« einzurichten. In diesem Komitee sollen Experten aus Japan und China über die Zukunft der bilateralen Beziehungen diskutieren und Empfehlungen erarbeiten, wie sich der Austausch zwischen beiden Ländern ausweiten ließe.³⁴

Im Laufe der letzten Jahre kam es verschiedentlich zu diplomatischen Problemen zwischen China und Japan, zum einen im Zusammenhang mit einem gesunkenen nordkoreanischen Schiff, vor allem aber wegen Flüchtlingen aus Nordkorea, die in China versuchten, auf das Gelände japanischer Konsulate und Botschaften zu gelangen.³⁵ Um Vorkommnisse wie das letztere künftig besser zu regeln, vereinbarten die Außenminister beider Länder im Juli 2002 Gespräche auf Ebene der Vizeminister.

Als positiv bewertete China die Tatsache, daß Koizumi den chinesischen Behörden mehr finanzielle Hilfe zur Bekämpfung der Lungenkrankheit SARS zusagte als jedes andere Mitgliedsland der G 8. Zudem besuchten die Generalsekretäre der drei Regierungsparteien Japans China zu einer Zeit, als Politiker aus anderen Staaten geplante Reisen wegen SARS verschoben.³⁶

In der Bilanz sollte das Ausbleiben offizieller Staatsbesuche nach dem Amtsantritt von Koizumi also nicht überbewertet werden. Auf der symbolischen Ebene

schaden die Schreinbesuche zweifellos. Politisch als notwendig erachtete Koordination und Kooperation aber werden dadurch nicht wesentlich beeinträchtigt.

Neben aktuell auftretenden Problemen und den Auseinandersetzungen wegen der Vergangenheit gibt es einige weitere Themen, welche in den Beziehungen zwischen China und Japan eine dauerhafte Rolle spielen.

Japan und die Taiwan-Frage

Ein Problem, das die chinesisch-japanischen Beziehungen belastet, ist die Taiwan-Frage. Dabei wird deren Bedeutung in China und Japan sehr unterschiedlich wahrgenommen.³⁷ Japan sieht nicht sich selbst, sondern einzig die USA als eigenständigen externen Akteur im Konflikt zwischen der Volksrepublik China und Taiwan. In China dagegen läßt allein die Tatsache, daß Taiwan zwischen 1895 und 1945 zu Japan gehörte,³⁸ immer wieder den Verdacht aufkeimen, in Japan existierten entweder noch Ansprüche auf diese Insel oder doch zumindest Gruppierungen, die der Idee der Unabhängigkeit Taiwans wohlwollend gegenüberstehen und diese unterstützen. Auf chinesischer Seite vermutet man, Japan könne schon deshalb nicht an einer Wiedervereinigung Taiwans mit China interessiert sein, weil dies Chinas wirtschaftliche und politische Machtstellung in der Region weiter stärken

37 Bei einer Konferenz in den USA mit jüngeren Meinungsführern aus beiden Ländern identifizierten die chinesischen Teilnehmer Taiwan als das größte Hindernis für gute chinesisch-japanische Beziehungen, während kein japanischer Teilnehmer darin ein Problem sah. Vgl. Brad Glosserman, Building a Foundation for China-Japan Relations, in: PacNet (Email), (11.9.2003) 38.

38 Die Insel Taiwan war im chinesischen Kaiserreich vor 1895 ein Teil der Provinz Fujian. Sie fiel nach dem chinesisch-japanischen Krieg 1894/95, in dem es hauptsächlich um die Oberhoheit Chinas über die koreanische Halbinsel ging, im Vertrag von Shimonoseki an Japan und wurde erst nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs an China zurückgegeben, das zu diesem Zeitpunkt als »Republik China« noch von der Kuomintang regiert wurde. Zum Text des Vertrages vgl. <<http://www.taiwandocuments.org/shimonoseki01.htm>> (Zugriff: 4.2.2004). Japan und die Republik China auf Taiwan schlossen 1954 einen Friedensvertrag. Mit der Normalisierung der Beziehungen zur Volksrepublik China im Jahr 1972 brach Japan die diplomatischen Beziehungen zu Taiwan ab. Vgl. dazu Daojiong Zha, The Taiwan Problem in Japan-China Relations: An Irritant or Destroyer?, in: East Asia, 19 (Frühjahr/Sommer 2001) 1-2, S. 205-227 (210).

33 Hu Jintao wurde auf dem 16. Parteitag der KPCh im Oktober 2002 Parteivorsitzender und im März 2003 beim 10. Nationalen Volkskongreß zum Staatspräsidenten ernannt und trat damit die Nachfolge Jiang Zemin an.

34 Vgl. Website des japanischen Premierministers, <http://www.kantei.go.jp/foreign/koizumipphoto/2003/12/02nicchu_e.html> (Zugriff: 28.1.2004).

35 Ein Zwischenfall, der Schlagzeilen vor allem in Japan machte, ereignete sich im Mai 2002 in Shenyang im Nordosten Chinas. Dabei ging es um fünf nordkoreanische Flüchtlinge, die von chinesischen Sicherheitskräften vom Gelände des japanischen Generalkonsulats gewaltsam entfernt wurden. Vgl. zum »Shenyang-Zwischenfall« ausführlich Ming Wan, Tensions in Recent Sino-Japanese Relations [wie Fn. 27].

36 John Hill, Hu Woos Japan, in: Jane's Intelligence Review, 15 (September 2003) 9, S. 50f.

würde.³⁹ Der erste demokratisch gewählte Präsident Taiwans, Lee Teng-hui, unterhält viele Kontakte nach Japan und gilt als Bewunderer der ehemaligen Kolonialmacht. Auch nach seinem Ausscheiden aus dem Präsidentenamt pflegte er diese Kontakte intensiv. Im April 2001 erhielt er – offiziell für »medizinische Behandlung« – ein Visum für die Einreise nach Japan, auf das China erwartungsgemäß mit scharfen Protesten reagierte.⁴⁰

Tatsächlich ist kaum zu erwarten, daß Japan als selbständiger Akteur in der Taiwan-Frage auftritt. Vielmehr bleibt es gerade in diesem Punkt in die Allianz mit den USA eingebunden. Solange kein offener Konflikt zwischen China und Taiwan ausbricht, wird Japan nicht aus eigenem Antrieb auf eine Veränderung des Status quo hinwirken. Sollte es eines Tages wirklich zur militärischen Auseinandersetzung kommen, dann wird Japans Reaktion davon abhängen, wie sich die USA verhalten. Das Recht zur Definition von »Situationen in Gebieten, die an Japan angrenzen«, wie es in den neuen Richtlinien der japanisch-amerikanischen Sicherheitsallianz von 1997 heißt,⁴¹ liegt zweifellos bei den USA.

Territoriale Streitigkeiten: Diaoyutai/Senkaku

Einen direkten Territorialdisput zwischen Japan und China gibt es um eine kleine Inselgruppe etwa 150 Kilometer nordöstlich von Taiwan, die japanisch Senkaku, chinesisch Diaoyutai heißt.⁴² Sowohl Beijing als auch Taipeh beanspruchen diese unbewohnten Inseln. De facto sind sie seit Anfang der siebziger Jahre unter japanischer Kontrolle, als Washington sie

zusammen mit Okinawa an Japan übergab. Der Besitz der Inseln begründet den Anspruch auf die Gewässer im Umkreis von 200 Seemeilen als exklusive Wirtschaftszone, also auch auf die Fischgründe und die hier vermuteten Ölreserven.⁴³ Bei der Aufnahme diplomatischer Beziehungen im Jahr 1972 hatten sich China und Japan darauf geeinigt, den Konflikt ruhen zu lassen und sich später mit ihm zu beschäftigen. Im Jahr 1990 wurde das Thema erstmals virulent, als eine rechtsgerichtete japanische Gruppe die Erlaubnis erhielt, einen Leuchtturm, den sie auf einer der Inseln errichtet hatte, zu illuminieren. Sowohl in Taiwan als auch in Hongkong kam es daraufhin zu antijapanischen Demonstrationen. Beijing dagegen untersagte damals öffentliche Proteste, unter anderem weil China so kurz nach der Niederschlagung der Studentenbewegung auf dem Tian'anmen-Platz nicht an zusätzlichen außenpolitischen Konflikten interessiert war. In seinem Bemühen um internationale Rehabilitierung setzte China vor allem auf Japan.⁴⁴

Seit Anfang der neunziger Jahre wird allerdings nicht nur in Hongkong und Taiwan, sondern auch in der Volksrepublik immer wieder öffentlich protestiert, wenn japanische Gruppierungen durch symbolische Akte versuchen, den Anspruch Japans auf Senkaku/Diaoyutai durchzusetzen. Und in periodischen Abständen verhindert die japanische Küstenwache, daß chinesische Aktivisten auf der Insel landen.⁴⁵ Zwischen den Regierungen liegt der Streit um die Inseln zwar nach wie vor auf Eis, jedoch legt China offiziell gegen jeden Schritt Protest ein, der Japans Besitzanspruch deutlich macht oder untermauert. Dies geschah zum Beispiel Anfang 2003, als die japanische Regierung drei der Inseln, die in privater Hand waren, offiziell leaste. Die chinesische Vizeaußenministerin Wang Yi unterstrich gegenüber dem japanischen Botschafter in China den chinesischen Standpunkt; Japan reagierte mit dem Hinweis, Geschichte und internationales Recht stützten Japans Anspruch auf die Inseln.⁴⁶

³⁹ Vgl. Wu Xinbo, *The Security Dimension of Sino-Japanese Relations*, in: *Asian Survey*, 50 (März/April 2000) 2, S. 296–310 (303).

⁴⁰ Im Juli 2003 veröffentlichte die *China Daily* einen Artikel, der vor einer Beeinträchtigung des chinesisch-japanischen Verhältnisses durch die enger werdenden Beziehungen Japans zu Taiwan warnte. Insgesamt sieht dieser Artikel dennoch keinen Anlaß für Pessimismus, denn Japan werde kaum zentrale Interessen in China für stärkere Bindungen an Taiwan opfern. China und Japan sollten sich gemeinsam bemühen, Hindernisse für eine Verbesserung ihrer Beziehungen zu überwinden. Vgl. Lu Xijun, *Commentary: Pro-Taiwan Pose Mars Sino-Japanese Ties*, in: *China Daily* (online), 26.7.2003, <http://www3.chinadaily.com.cn/en/doc/2003-07/26/content_249416.htm> (Zugriff: 29.7.2003).

⁴¹ Vgl. dazu das Kapitel ab Seite 18 dieser Studie.

⁴² Wie Taiwan fielen auch diese Inseln im Vertrag von Shimonoseki 1895 an Japan.

⁴³ Vgl. zu diesem Aspekt ausführlicher Selig S. Harrison, *Quiet Struggle in the East China Sea*, in: *Current History*, 101 (September 2002) 656, S. 271–277.

⁴⁴ Vgl. Whiting, *China and Japan* [wie Fn. 23], S. 48.

⁴⁵ Zuletzt im Juni 2003. Vgl. James J. Pryztup, *Political Breakthrough and the SARS Outbreak*, in: *Comparative Connections*, 5 (Juli 2003) 2, <<http://www.csis.org/pacfor/cc/0302Q.html>> (Zugriff: 20.10.2003).

⁴⁶ Vgl. James J. Pryztup, *Cross Currents*, in: *Comparative Connections*, 5 (April 2003) 1, <<http://www.csis.org/pacfor/cc/0301Q.html>> (Zugriff: 20.10.2003).

Obwohl keine Lösung dieses Territorialkonfliktes in Sicht ist, so ist sein Eskalationspotential mittelfristig doch als relativ gering einzuschätzen. Weder China noch Japan sind – schon aus innenpolitischen Gründen – zu territorialen Zugeständnissen bereit, werden aber unter den gegebenen Bedingungen auch kein Interesse daran haben, diese Frage hochzuspielen. Denkbar wäre sogar eine gemeinsame Erschließung der dort vorhandenen Ressourcen, ohne daß die Souveränitätsfrage endgültig geklärt würde, wie dies China auch schon in anderen Fällen, wie dem Südchinesischen Meer, vorgeschlagen hat. Bei zunehmender Konkurrenz zwischen China und Japan um Zugang zu Energieträgern⁴⁷ aber könnte die Territorialfrage an Brisanz gewinnen.

Gemeinsame Mitgliedschaft in multilateralen Organisationen

Sowohl China als auch Japan sind Mitglieder in einer ganzen Reihe internationaler und regionaler Organisationen und Institutionen. Diese Tatsache ist – wie oben dargestellt – für die bilateralen politischen Beziehungen beider Länder schon deshalb relevant, weil diese größeren Rahmen selbst dann die Möglichkeit für Treffen auf höchster Ebene bieten, wenn wegen politischer Verstimmungen keine Staatsbesuche möglich sind. Von Bedeutung sind in diesem Zusammenhang insbesondere folgende Institutionen:

- ▶ die Asia-Pacific Economic Cooperation (Apec), die wirtschaftliche Kooperation von mittlerweile 21 Pazifik-Anrainerstaaten,
- ▶ die verschiedenen Formate der Kooperation mit der Asean-Staatengruppe (Japan und China sind volle Dialogpartner der Asean; beide beteiligen sich am 1994 gegründeten Asean-Regionalforum, das sich mit sicherheitspolitischen Fragen befaßt, und diskutieren gemeinsam mit Südkorea als Asean+3 Probleme, die Ostasien betreffen),⁴⁸
- ▶ das Asia-Europe Meeting (Asem), der asiatisch-europäische Dialog- und Kooperationsprozeß,
- ▶ sowie perspektivisch die G-7/G-8-Gipfeltreffen, an denen China 2003 erstmals (in Évian) teilnahm, allerdings nur am Nord-Süd-Dialog der Industrienationen. Bislang hat China auf informell geäußerte Vorschläge, selbst Mitglied der G-8-Kooperation zu werden, sehr zurückhaltend reagiert. China

⁴⁷ Vgl. hierzu S. 32ff.

⁴⁸ Vgl. dazu ausführlich S. 37ff.

sieht sich selbst noch immer als Entwicklungsland und möchte diesen Status, der wirtschaftliche und politische Vorteile mit sich bringt, auch nicht aufgeben.

Über die Möglichkeiten hinaus, die diese Foren für bilaterale Kommunikation und Verständigung auf höchster Ebene bieten, kommt der multilateralen und regionalen Ebene für das japanisch-chinesische Verhältnis eine ganz grundsätzliche Bedeutung zu: Aus japanischer Sicht sind sie ein wesentliches Instrument der Integration und Einbindung Chinas in internationale Ordnungsstrukturen und Verpflichtungen. Da diese Institutionen China die legitime Mitwirkung und Mitgestaltung in Fragen der internationalen Politik sowie der Wirtschafts- und Sicherheitspolitik erlauben, können und sollen sie den wirtschaftlichen und politischen Aufstieg Chinas möglichst friedlich und für Japan berechenbarer gestalten. Bei bilateralen Konflikten stoßen beide Seiten nicht frontal aufeinander, sondern im Rahmen von Interessenkoalitionen.⁴⁹

Japan-Experten in China äußern die Erwartung, daß sich die bilateralen politischen Probleme zwischen China und Japan im größeren Kontext regionaler und internationaler Organisationen und Einrichtungen relativieren und so mit der Zeit an Bedeutung verlieren werden. Die Asean+3-Kooperation wird in diesem Zusammenhang als »Hoffnungsträger« betrachtet.⁵⁰

⁴⁹ Vgl. hierzu Reinhard Drifte, *Japan's Security Relations with China since 1989 – Balancing or Bandwagoning?*, London/New York: RoutledgeCurzon, 2003.

⁵⁰ Persönliche Gespräche von Gudrun Wacker in Beijing, November 2003.

Sicherheitspolitische Beziehungen

Der Einfluß der Sowjetunion im asiatisch-pazifischen Raum war zwar nie so groß wie jener der USA, doch die Dichotomie des Kalten Krieges prägte auch in dieser Region die militärischen und Sicherheitsbeziehungen. Die Annäherung der USA an China in den siebziger Jahren zum Zwecke der Eindämmung der sowjetischen Machtstellung (»strategisches Dreieck«) wirkte sich auch auf Japan aus, da dieses nach dem Zweiten Weltkrieg in eine Sicherheitsallianz mit den USA eingebunden war.⁵¹ China akzeptierte diese Allianz nicht nur als festen Bestandteil des Sicherheitsarrangements und als Gegengewicht zur sowjetischen Präsenz in der Region, sondern betrachtete sie auch als Garant dafür, daß ein Wiedererwachen militärischer Ambitionen Japans in Grenzen gehalten würde. Erste militärische Kontakte zwischen Japan und China begannen in den siebziger Jahren mit der Entsendung von Militärattachés.

Als China und die Sowjetunion in den achtziger Jahren schrittweise ihre Beziehungen normalisierten, wurden nicht zufällig parallel zu diesem Prozeß erstmals wieder chinesische Befürchtungen vor einem militärischen Wiedererstarken Japans laut.⁵²

Chinas Sorge: Remilitarisierung Japans

China befürchtet vor allem, daß Japan die verfassungsmäßigen Beschränkungen, die es sich selbst – unter Anleitung und mit Unterstützung der USA – nach dem Zweiten Weltkrieg auferlegt hat, aufgeben könnte. Die Vorstellung, Japan könnte sich nicht mehr damit zufriedengeben, eine starke Wirtschaftsmacht zu sein, sondern zunehmend politisches und auch

militärisches Gewicht in der Region geltend machen, ist für China nur schwer zu akzeptieren. Was in Japan als Wandlung zu einer »normalen« Nation gesehen werden kann, wird aus chinesischer Perspektive als Wiederbelebung der imperialen Vergangenheit und des Militarismus interpretiert.⁵³

Unter den veränderten internationalen Rahmenbedingungen nach dem Ende des Kalten Krieges forderten die USA in den neunziger Jahren Japan auf, mehr sicherheitspolitische Verantwortung im Rahmen der Allianz zu übernehmen. Dabei konnte Japan auch auf größere Akzeptanz einer stärkeren sicherheitspolitischen Rolle bei anderen asiatischen Staaten wie Südkorea hoffen.⁵⁴ Während des Golfkrieges zu Beginn der neunziger Jahre hatte sich Japan – wie auch Deutschland – noch weitgehend darauf beschränkt, einen Teil der Kriegskosten zu übernehmen (»Scheckbuchdiplomatie«). Aber es gab schon damals eine innerjapanische Diskussion über die Möglichkeit einer direkteren Beteiligung, und schließlich entsandte Japan – allerdings erst nach dem Ende der Kriegshandlungen – Minensuchboote in den Persischen Golf. Dies war der erste Übersee-Einsatz der japanischen Selbstverteidigungstreitkräfte (Self Defense Forces, SDF) nach dem Zweiten Weltkrieg.⁵⁵

In den Verhandlungen über die Erneuerung des amerikanisch-japanischen Sicherheitsbündnisses Mitte der neunziger Jahre konkretisierten die USA ihre Vorstellung einer aktiveren Beteiligung Japans an den Verteidigungsaufgaben im asiatisch-pazifischen Raum. Im April 1996 unterzeichneten beide Staaten eine »Gemeinsame Erklärung über Sicherheit«⁵⁶ und beschlossen darin eine Revision der Leitlinien ihrer militärischen Kooperation aus dem Jahr 1978. Die im September 1997 vorgelegten und im Mai 1999 vom

⁵¹ Der ursprüngliche Sicherheitsvertrag zwischen den USA und Japan trat 1952 in Kraft und wurde 1960 revidiert. Richtlinien (»Guidelines«) für die Umsetzung des Vertrages folgten 1978 und in revidierter Form 1999. Vgl. The Japanese Mission to the European Union: Legislation Related to the New Japan-U.S. Defense Guidelines, Juni–Juli 1999, <<http://www.eu.emb-japan.go.jp/interest/defense.htm>> (Zugriff: 29.1.2004). Englischer Volltext des Vertrages von 1960 (Treaty of Mutual Cooperation and Security between Japan and the United States of America) unter <<http://www.mofa.go.jp/region/n-america/us/q&a/ref/1.html>> (Zugriff: 29.1.2004).

⁵² Vgl. Whiting, China and Japan [wie Fn. 23].

⁵³ Vgl. Allen S. Whiting, China's Japan Policy and Domestic Politics, in: Drysdale/Zhang (Hg.), Japan and China [wie Fn. 18], S. 15–31 (19).

⁵⁴ Vgl. Roy, Stirring Samurai [wie Fn. 10].

⁵⁵ Vgl. Wu Xinbo, The Security Dimension of Sino-Japanese Relations [wie Fn. 39], S. 297; Tadashi Takenawa, Disaster Relief – Technology Can Help, August 1997, <<http://www.pasols.org/log15-5.htm>> (Zugriff: 30.1.2004).

⁵⁶ Englische Übersetzung unter <http://www.jda.go.jp/e/policy/f_work/sengen_.htm> (Zugriff: 29.1.2004).

japanischen Parlament ratifizierten »Neuen Richtlinien« (New Guidelines for Japan–U.S. Defense Cooperation) sahen insbesondere vor, daß Japan seine sicherheitspolitische Zusammenarbeit mit den USA auf »Situationen in Gebieten, die an Japan angrenzen«, ausdehnt.⁵⁷ Aus chinesischer Sicht war dies eine Formulierung, die möglicherweise Taiwan mit einschloß. Die Erneuerung der Sicherheitsallianz wurde kritisiert, weil sie dem Blockdenken des Kalten Krieges verhaftet bleibe.⁵⁸

China hatte sich immer gegen amerikanische Pläne eines nationalen Raketenabwehrsystems (National Missile Defense, NMD) und gegen einen Austritt der USA aus dem ABM-Vertrag⁵⁹ gewandt, vor allem aber kritisierte es das Vorhaben, ein regionales Verteidigungssystem mit japanischer Beteiligung in Nordostasien (Theater Missile Defense, TMD) zu errichten. Zum einen war China überzeugt, daß diese Pläne sich nicht allein gegen Nordkorea, sondern hauptsächlich gegen das eigene Land richteten, zum anderen ging es auch hier zentral um die Frage, ob Taiwan in ein regionales Raketenabwehrsystem einbezogen würde.⁶⁰

Unter dem Eindruck des nordkoreanischen Tests der dreistufigen Mittelstreckenrakete Taepodong-1 über japanischem Territorium im August 1998 entschloß sich Japan, der Aufforderung der USA nachzukommen und sich im Zeitraum von 1999 bis 2003 an der Forschung und Entwicklung des von den USA geplanten Raketenabwehrsystems zu beteiligen. Ein

entsprechendes Abkommen unterzeichneten Japan und die USA im August 1999.⁶¹ Der finanzielle Beitrag Japans blieb jedoch relativ bescheiden.

In der Rede des neuen US-Präsidenten Bush im Mai 2001 zur Raketenabwehr wurde keine Unterscheidung mehr zwischen nationalem und regionalem Raketen-schirm gemacht, was in Japan erneut eine Debatte über die Beteiligung an einem solchen System auslöste – hauptsächlich weil die japanische Verfassung verbietet, anderen Staaten militärische Unterstützung zu gewähren, sofern Japan selbst nicht angegriffen wird. Neue Argumente wurden den Befürwortern von Missile Defense (MD) in Japan – darunter auch der neue Generaldirektor der japanischen Verteidigungsagentur (und quasi Verteidigungsminister), Ishiba Shintaro – durch die Nuklearkrise auf der koreanischen Halbinsel geliefert: Im Oktober 2002 räumte Nordkorea ein, daß es ein Urananreicherungsprogramm betreibt und mehrere Atomsprengsätze besitze.⁶² Im Dezember 2003 fiel schließlich die Entscheidung des japanischen Kabinetts, im Haushaltsjahr 2004 knapp eine Milliarde US-Dollar für den Import von militärischer Hardware aus den USA vorzusehen.⁶³ Details wurden bislang nicht bekanntgemacht, vermutlich geht es aber um den Kauf von Patriot-Abwehrraketen (PAC-3) und SM-3-Raketen. Insgesamt könnte Japan bis 2009 etwa sechs Milliarden US-Dollar für diese Zwecke bereitstellen.⁶⁴

Einzelne chinesische Beobachter befürchten, daß die Beteiligung Japans an MD den ersten Schritt zur atomaren Bewaffnung Japans bedeute.⁶⁵ Diese Sorge wird gestützt durch die immer wieder von rechtsgerichteten japanischen Politikern wie dem Gouverneur von Tokyo, Ishihara Shigeru, entfachten Debatten zu diesem Thema.

⁵⁷ Vgl. The Japanese Mission to the European Union: Legislation Related to the New Japan-U.S. Defense Guidelines, Juni–Juli 1999, <<http://www.eu.emb-japan.go.jp/interest/defense.htm>> (Zugriff: 29.1.2004).

⁵⁸ Gleiches brachte China gegen die Nato-Osterweiterung vor.

⁵⁹ Der ABM-Vertrag (Anti-Ballistic Missile Treaty) wurde zwischen den USA und der Sowjetunion im Jahr 1972 geschlossen und begrenzte die strategische Raketenabwehr auf je zwei Gebiete in beiden Staaten. Präsident Bush kündigte im Dezember 2001 den Austritt der USA aus dem Vertrag an, der ein landesweites Raketenabwehrsystem ausschloß, wie es die USA aufbauen. Vgl. dazu Kurzüberblick und Materialien unter Anti-Ballistic Missile Treaty, FAS, <<http://www.fas.org/nuke/control/abmt/>> (Zugriff: 13.2.2004).

⁶⁰ Fünf Gründe wurden von chinesischer Seite für die Ablehnung geltend gemacht: 1. der mögliche Einschluß Taiwans, 2. die Möglichkeit, daß damit Chinas Abschreckungskapazität unterminiert werde, 3. die Gefahr einer Remilitarisierung Japans, 4. die weitere Stärkung der amerikanisch-japanischen Allianz und 5. die negativen Auswirkungen auf die globale Rüstungskontrolle. Vgl. dazu ausführlich Kori J. Urayama, Chinese Perspectives on Theater Missile Defense, in: Asian Survey, 40 (Juli/August 2000) 4, S. 599–621.

⁶¹ Vgl. ebd., S. 599.

⁶² Vgl. David Fouse, Japan Gets Serious about Missile Defense, in: Asia-Pacific Security Studies, 2 (Juni 2003) 4, <<http://www.apcss.org/Publications/APSSS/Japan%20Gets%20Serious%20About%20Missile%20Defense.pdf>> (Zugriff: 15.12.2003).

⁶³ Vgl. Japan Says It Will Go Ahead with Missile Defense System, <<http://ap.tbo.com/ap/breaking/MGACRXU6EOD.html>> (Zugriff: 2.2.2004).

⁶⁴ Kritischer chinesischer Kommentar zu dieser Kabinettsentscheidung bei Luo Yuan/Wang Guifang, Japan's Shield, Scourge of Others?, in: Beijing Review, 47 (15.1.2004) 3, S. 44f.

⁶⁵ Hong Yuan, The Implication of TMD System in Japan to China's Security, Paper presented at The Sixth ISODARCO Beijing Seminar on Arms Control, 29. Oktober–1. November 1998, <http://www.nautilus.org/library/security/papers/Hong_Yuan_EnglISODARCO.pdf> (Zugriff: 29.1.2004).

Im Laufe der neunziger Jahre engagierte sich Japan zunehmend politisch und militärisch in der Region: Es beteiligte sich nicht mehr nur finanziell, sondern auch mit Personal an UN-geführten internationalen Friedenseinsätzen, zum Beispiel in Kambodscha (1992/93) und in Ost-Timor (November 2001).⁶⁶ Es nahm Sicherheitsdialoge mit Südkorea (1998), Indien (2000) und Vietnam (2002) auf und hielt gemeinsame Flottenmanöver mit diesen Staaten ab.

Nach den Terroranschlägen vom 11. September 2001 schloß sich Japan dem internationalen Kampf gegen den Terrorismus an und unterstützte die Militäraktion – wenn auch nicht durch aktiven Kampfeinsatz – in Afghanistan durch die Entsendung von Schiffen der SDF in den Indischen Ozean. Möglich wurde dies, nachdem das japanische Unterhaus am 30. Oktober 2001 ein entsprechendes Anti-Terrorismus-Gesetz verabschiedet hatte.⁶⁷ Da auch China sich im Kampf gegen den Terrorismus an die Seite der USA gestellt hatte, fielen die offiziellen chinesischen Kommentare zu den japanischen Aktivitäten relativ zurückhaltend aus. Man forderte Japan auf, die militärische Beteiligung »aus historischen Gründen« vorsichtig zu handhaben.⁶⁸ Auch als sich die japanische Regierung nach langen Debatten im Januar 2004 entschied, Truppenkontingente in den Irak zu entsenden, um dort den Wiederaufbau zu unterstützen, drückte China lediglich seine »Sorge« aus und forderte Japan auf, seine rein defensive Politik beizubehalten.⁶⁹

Japans Selbstverteidigungskräfte agieren also längst nicht mehr innerhalb der engen Grenzen, die die japanische Verfassung eigentlich vorsieht. Schrittweise hat das japanische Parlament Gesetze verabschiedet und Aktionen gebilligt, die Japan eine größere militärische Rolle in und außerhalb der Region ermöglichen. Eine Diskussion über die Änderung des Artikels 9 der japanischen Verfassung, der den Einsatz militärischer

Gewalt außer im Selbstverteidigungsfall verbietet, begleitete diese einzelnen Schritte, blieb aber bislang kontrovers.⁷⁰ Insbesondere der Schock des 11. September und die Bedrohung durch Nordkorea haben innenpolitisch den Boden in Japan dafür bereitet, daß verstärkt sensible sicherheitspolitische Themen auf die Tagesordnung gesetzt werden können und sich breitere Unterstützung für eine aktivere militärische Rolle Japans mobilisieren läßt.

Im Gegensatz zu China trat Japan auch der amerikanischen Proliferation Security Initiative (PSI) bei,⁷¹ und im September 2003 führten die USA, Australien, Frankreich und Japan in diesem Rahmen erstmals eine gemeinsame Übung vor der australischen Küste durch. Japan beteiligte sich mit Schiffen der Küstenpatrouille.⁷² Bei diesem Manöver zeigte sich, welche Verrenkungen auf japanischer Seite notwendig sind, um wenigstens den Schein zu wahren, daß nationale Gesetze eingehalten werden: Das verdächtige Schiff, das bei der gemeinsamen Übung gestoppt werden sollte, bekam einen japanischen Namen und fuhr unter japanischer Flagge, um den Schiffen der japanischen Küstenwache überhaupt ein Eingreifen zu ermöglichen.⁷³

Obwohl China die Gefahr eines japanischen Rückfalls in aggressive Verhaltensweisen immer wieder beschwört, herrscht unter den chinesischen Japan-Spezialisten doch die Meinung vor, eine Rückkehr Japans zum Militarismus sei mehr als unwahrscheinlich, habe keine Basis in der Bevölkerung und werde allenfalls von einigen japanischen Politikern am Rande des politischen Spektrums befürwortet.⁷⁴

⁶⁶ Ein entsprechendes Gesetz trat im Juni 1992 in Kraft. Vgl. International Cooperation. Participation by Japan in United Nations Peace-keeping Operations, 1995, <<http://www.mofa.go.jp/policy/economy/apec/1995/issue/info9.html>> (Zugriff: 29.1.2004).

⁶⁷ Vgl. dazu John Miller, Japan Crosses the Rubicon?, in: Asia-Pacific Security Studies, 1 (Januar 2002) 1, <<http://www.apcss.org/Publications/APSSS/Japan%20Crosses%20the%20Rubicon.pdf>> (Zugriff: 30.1.2004).

⁶⁸ Agence France-Presse, 17.12.2001, zit. n. NAPSNET Daily Report, 17.12.2001.

⁶⁹ China Concerned about Japan's Troop Deployment to Iraq, 21.1.2004, <http://english.pladaily.com.cn/english/pladaily/2004/01/21/20040121001022_TodayHeadlines.html> (Zugriff: 22.1.2004).

⁷⁰ Anfang 2004 zeichnete sich ab, daß sich das Parlament in diesem Jahr erstmals ernsthaft mit der Frage einer Verfassungsänderung befassen könnte. Vgl. Ayako Doi, Constitutional Revision: No Longer If, But When, in: PacNet (Email), (9.2.2004) 7.

⁷¹ PSI wurde im Mai 2003 von den USA initiiert und zielt darauf ab, den Schmuggel von Massenvernichtungswaffen oder ihrer Komponenten und Trägersysteme durch verstärkte Kontrollen verdächtiger Flugzeuge und Schiffe in internationalen Gewässern zu unterbinden. Neben den USA und Japan unterzeichneten bislang neun Staaten diese Initiative: Australien, Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Italien, die Niederlande, Polen, Portugal und Spanien. Die Initiative richtet sich gegen Staaten wie Nordkorea, die im Verdacht der Proliferation stehen.

⁷² Kyodo, 13.9.2003, zit. n. NAPSNET Daily Report, 15.9.2003.

⁷³ Asahi Shimbun, 15.9.2003, zit. n. NAPSNET Daily Report, 16.9.2003.

⁷⁴ Vgl. z.B. Yuan Yang, Riben junshi zhuanxing yu Zhong-Ri junshi guanxi [Japans militärische Wandlung und die chinesisch-japanischen Militärbeziehungen], in: Xiandai Guoji

Andererseits wird aber ein zunehmender Einfluß rechtskonservativer Kräfte in der japanischen Politik konstatiert.⁷⁵

Japans Sorge: Destabilisierung Chinas oder Aufstieg zur modernen Militärmacht

Japan seinerseits sieht in der Entwicklung Chinas eine potentielle Bedrohung für die eigenen nationalen Interessen. Diese Wahrnehmung orientiert sich an zwei gegensätzlichen Szenarien:⁷⁶ Zum einen könnte China an den gesellschaftlichen und politischen Veränderungen zerbrechen, die durch die Wirtschaftsreform ausgelöst worden sind. Eine Destabilisierung Chinas hätte negative Auswirkungen auf die Stabilität und Prosperität der gesamten Region und würde Japan dann auch durch eine mögliche Flut von Flüchtlingen betreffen. Zum anderen aber könnte der wirtschaftliche und politische Aufstieg China künftig zur dominierenden Regionalmacht werden lassen, die ihre nationalen Interessen aggressiver vertritt.

Je nach Bewertung der Entwicklung Chinas steht entweder das eine oder das andere Szenario im Vordergrund japanischer Befürchtungen. Japans Hauptargument dafür, daß es als erstes »westliches Land« die im Juni 1989 verhängten Sanktionen wieder aufhob, war das Risiko einer Destabilisierung Chinas. Gegenwärtig dominiert jedoch das zweite Bedrohungsszenario: Nachdem die Binnenwirtschaft Japans mehr als ein Jahrzehnt lang stagnierte, wird der Aufstieg Chinas als allmähliche Machtverschiebung in Richtung des großen Nachbarlandes gesehen.

Japan beobachtet seit den neunziger Jahren mit großer Aufmerksamkeit die Modernisierung des chinesischen Militärs. Die offiziell angegebenen Verteidigungsausgaben der Volksrepublik wiesen ab 1989 jährlich zweistellige Zuwachsraten auf; die Armee wurde verkleinert, ihre Ausrüstung modernisiert – hauptsächlich durch Importe aus Rußland. Im Jahr 1995 setzte Japan als Reaktion auf Chinas fortgesetzte

Atomversuche⁷⁷ seine Entwicklungshilfe teilweise aus. China hatte gegen den expliziten Protest Japans bis zum Jahr 1995 eine Reihe unterirdischer Atomtests in der Nordwestregion Xinjiang durchgeführt, bevor es dann 1996 den »Vertrag über das umfassende Verbot von Nuklearversuchen« (Comprehensive Test Ban Treaty, CTBT) unterzeichnete.⁷⁸

Neben den chinesischen Atomversuchen sorgten auch andere Ereignisse dafür, daß sich sowohl in der japanischen Öffentlichkeit als auch unter Politikern Zweifel an Chinas friedlichen Absichten verbreiteten: so etwa die Krise in der Straße von Taiwan 1995/96, als China dort umfassende Raketentests durchführte, um die als abtrünnig geltende Inselrepublik im Umfeld der ersten demokratischen Präsidentschaftswahlen im März 1996 einzuschüchtern;⁷⁹ dazu zählt auch die Stationierung von mittlerweile etwa 500 chinesischen Kurzstreckenraketen an der gegenüber Taiwan gelegenen Küste. Außerdem unternehmen seit einigen Jahren chinesische Schiffe verstärkt »Forschungsfahrten« in von Japan beanspruchte Gewässer, durch die Japan seine Hoheitsrechte verletzt sieht. Im Februar 2001 vereinbarte man als vertrauensbildende Maßnahme, sich gegenseitig über wissenschaftliche Untersuchungen in der Nähe der Küste der anderen Seite zu informieren, davon ausgenommen wurden territoriale Gewässer.⁸⁰

Im März 2002 beschloß der Nationale Volkskongreß erneut eine Aufstockung der Mittel für das Militär um 17,6%. Damit stieg der offizielle Militärhaushalt auf ca. 20,4 Mrd. US-Dollar an. Ausländische Experten schätzen allerdings, daß die tatsächlichen chinesischen Militärausgaben bis zum Dreifachen der im Etat ausgewiesenen Summe betragen.⁸¹ Auch mit 60 Mrd.

⁷⁷ Auch in dieser Frage spielte auf japanischer Seite die Geschichte – Japan als Ziel zweier Atombomben am Ende des Zweiten Weltkrieges – eine entscheidende Rolle.

⁷⁸ China hält sich seither an das Testverbot. Der Vertrag trat jedoch bisher nicht in Kraft, da er nicht von allen notwendigen Staaten unterschrieben bzw. ratifiziert wurde (letzteres gilt sowohl für China als auch für die USA). Relevante Materialien zum CTBT finden sich unter <<http://www.armscontrol.org/subject/ctbt/>> (Zugriff: 17.2.2004).

⁷⁹ Vgl. dazu die kurze Darstellung und Chronologie: Taiwan Strait, 21.7.1995–23.3.1996, FAS, <http://www.fas.org/man/dod-101/ops/taiwan_strait.htm> (Zugriff: 12.2.2004).

⁸⁰ Harrison, Quiet Struggle in the East China Sea [wie Fn. 43], S. 274.

⁸¹ Beispielsweise gibt das SIPRI (Stockholm) in seinem Jahrbuch von 2003 die chinesischen Militärausgaben im Jahr 2002 mit 31 Mrd. US-Dollar (SIPRI Yearbook 2003, S. 348) an; die Schätzung des International Institute for Strategic Studies

Guanxi, (2003) 10, S. 11–13 (13).

⁷⁵ Vgl. z.B. Wu Xinbo, The Security Dimension of Sino-Japanese Relations [wie Fn. 39], S. 297; Cui Shiguang, Ribenshehui sichao bianhua de yingxiang [Auswirkungen der Veränderung im Denken der japanischen Gesellschaft], in: Xiandai Guoji Guanxi, (2003) 10, S. 13–15 (15).

⁷⁶ Vgl. Reinhard Drifte, Engagement Japanese Style, in: Söderberg (Hg.), Chinese-Japanese Relations in the Twenty-first Century [wie Fn. 14], S. 52–68 (52f); Wu Xinbo, The Security Dimension of Sino-Japanese Relations [wie Fn. 39], S. 304.

US-Dollar läge China immer noch weit hinter den USA (2002: 336 Mrd. US-Dollar; 2003: 370 Mrd. US-Dollar), aber bereits vor Japan (2002: 47 Mrd. US-Dollar; 2003: 46,6 Mrd. US-Dollar).⁸² Im Jahr 2003 erhöhte China seine Verteidigungsausgaben nur um 9,6% auf offiziell 22,4 Mrd. US-Dollar, doch in diesem Jahr fand auch der erste chinesische bemannte Raumflug statt, mit dem die Volksrepublik ihre technologischen Fähigkeiten unter Beweis stellte.

Japan beklagt vor allem die mangelnde Transparenz in Chinas Militärbereich.⁸³ Immerhin räumt die chinesische Seite ein, daß ihre Verteidigungsausgaben – zumindest wenn man die offiziellen Zahlen zugrunde legt – auf 1,5% des BIP der Volksrepublik beschränkt seien.

Die Furcht vor Japans Remilitarisierung hat somit ihre Entsprechung in der japanischen Besorgnis über Chinas militärische Modernisierung und seine möglichen Ambitionen. Angesichts der militärischen Modernisierungsbestrebungen verstärkte sich in den letzten Jahren in Japan die Diskussion darüber, ob China weiterhin im bisherigen Umfang Entwicklungshilfe gewährt werden sollte. Mittlerweile wurden die japanischen Zuwendungen nicht nur reduziert, sondern Gelder werden nur noch zweckgebunden – vor allem für Umwelt- und humanitäre Projekte – an China vergeben.⁸⁴ Selbstverständlich weisen Japan und China offiziell alle Befürchtungen der jeweils anderen Seite als völlig unbegründet zurück.⁸⁵

in London für dasselbe Jahr liegt bei 48,4 Mrd. US-Dollar (Military Balance, 2003–2004, London, Oktober 2003, S. 337).

⁸² Angaben für 2002 (USA und Japan) nach SIPRI Yearbook 2003. Für 2003: USA (<<http://www.whitehouse.gov/infocus/defense/>> [Zugriff: 27.1.2004]), Japan (<<http://www.mof.go.jp/english/budget/brief/2003/2003-12.htm>> [Zugriff: 27.1.2004]), China (offiziell ausgewiesene Zahlen für 2002 und 2003: <<http://www.cdi.org/weekly/2003/issue09.html>> [Zugriff: 27.1.2004]).

⁸³ Hinsichtlich der Transparenz gibt es zwar Fortschritte – seit 1995 veröffentlichte China vier Weißbücher zur Verteidigung, im Dezember 2003 ein Weißbuch zur Proliferation –, jedoch werden diese nach wie vor als unzureichend empfunden.

⁸⁴ Zur japanischen Entwicklungshilfe vgl. das folgende Kapitel, S. 24ff.

⁸⁵ Glosserman, Building a Foundation for China–Japan Relations [wie Fn. 37].

Sicherheitsdialog

1995 reiste erstmals nach der Einstellung militärischer Kontakte im Jahr 1989 wieder ein hochrangiger Vertreter des japanischen Militärs nach China. In den folgenden Jahren wurden auch der militärische Austausch sowie die gegenseitigen Besuche von Kriegsschiffen zunächst wieder aufgenommen. Der chinesische Verteidigungsminister fuhr im Frühjahr 1998 nach Japan, ein Gegenbesuch des Generalsekretärs der japanischen Selbstverteidigungsagentur folgte kurz darauf. Es wurden regelmäßige Gespräche zwischen den Außen- und Verteidigungsministerien im Abstand von zwei Jahren verabredet.⁸⁶

Aber auch auf diesen Bereich wirkten sich die Besuche des japanischen Premiers Koizumi im Yasukuni-Schrein als Hemmnis aus: Die chinesische Seite brach den Dialog im November 2000 ab. Erst im Februar 2003 stellte der stellvertretende chinesische Generalstabschef Xiong Guangkai bei einer Visite des ehemaligen japanischen Premierministers Hashimoto eine Wiederaufnahme der Gespräche in Aussicht.⁸⁷ So kam es – auch mit Blick auf den 25. Jahrestag des chinesisch-japanischen Freundschaftsvertrages – im September 2003 nach fünf Jahren zum ersten Besuch des Generaldirektors der japanischen Verteidigungsagentur in China. Bei seiner Unterredung mit dem chinesischen Verteidigungsminister Cao Guangchuan ging es insbesondere um die Lage auf der koreanischen Halbinsel, die Wiederaufnahme des Austausches von militärischem Personal und die japanische Beteiligung an dem amerikanischen Raketenabwehrsystem.⁸⁸

Trotz dieser Schritte werden die militärischen Kontakte noch als ungenügend betrachtet. Mangelnde Kommunikationskanäle, unzureichender Austausch sowie Beschränkungen im Denken seien für das Fehlen gegenseitigen Verständnisses und Vertrauens verantwortlich, so ein chinesischer Kommentar.⁸⁹ Dieser Vertrauensmangel verschärfe letztlich die durch Unterschiede in der Geschichte und Kultur, im politischen System und in der Wirtschaftsentwicklung bedingte Entfremdung.⁹⁰

⁸⁶ Yuan Yang, Riben junshi zhuanxing yu Zhong-Ri junshi guanxi [wie Fn. 74], S. 12.

⁸⁷ Vgl. Prystup, Cross Currents [wie Fn. 46].

⁸⁸ Vgl. Prystup, Bridges to the Future [wie Fn. 31].

⁸⁹ Vgl. Yuan Yang, Riben junshi zhuanxing yu Zhong-Ri junshi guanxi [wie Fn. 74], S. 13.

⁹⁰ Vgl. Sun Cheng, Zhihou de anquan guanxi he chulu [wie Fn. 3], S. 5f.

Die USA als Faktor für die chinesisch-japanischen Beziehungen

Die Vormachtstellung der USA im asiatisch-pazifischen Raum wurde auch nach dem Ende des Kalten Krieges durch Truppenpräsenz und vielfältige Bündnisse aufrechterhalten und nach den Terroranschlägen des 11. September sogar eher noch gestärkt. Die japanisch-amerikanische Militärallianz war und ist der wesentliche Pfeiler dieses Arrangements.

China befindet sich diesbezüglich in einem Dilemma: Bleibt Japan in die Allianz eingebunden, so beschränkt das zwar – selbst wenn die USA Japan eine aktivere Rolle zuschreiben – mögliche militärische Ambitionen Japans, zementiert aber den Einfluß der USA in der Region. Im Falle einer Lockerung des Bündnisses mit den USA müßte sich China dagegen mit einem militärisch selbständiger und selbstbewußter agierenden Japan auseinandersetzen. Dies könnte die Gefahr einer direkten Konfrontation zwischen China und Japan erhöhen.

Aus japanischer Sicht ist weder ein zu enges noch ein zu konfliktträchtiges Verhältnis der USA zu China wünschenswert: Als sich die chinesisch-amerikanischen Beziehungen in der zweiten Amtsperiode Clintons verbesserten und im Jahr 1998 zur »strategischen Partnerschaft« aufgewertet wurden, befürchtete Japan eine Einbuße seiner eigenen Bedeutung für die USA (»Japan passing«). Umgekehrt belastet ein distanziertes Verhältnis zwischen China und den USA, wie es die ersten Monate der Präsidentschaft George W. Bushs kennzeichnete, auch die chinesisch-japanischen Beziehungen.⁹¹ Insofern bleiben die USA ein Faktor, der direkt und indirekt das chinesisch-japanische Verhältnis beeinflußt.

Nordkorea: Ansätze für Zusammenarbeit

Die Nuklearkrise auf der koreanischen Halbinsel veranlaßte China und Japan zu einer engeren sicherheitspolitischen Kooperation und Koordination. Im August 2003 kündigten beide Länder gegenseitige Besuche von Kriegsschiffen an. Dies war – wegen der bevorstehenden ersten Sechsergespräche,⁹² in denen über das nordkoreanische Atomprogramm verhandelt werden sollte – auch als Demonstration gegenüber

Nordkorea zu verstehen. Nach dessen überraschendem Eingeständnis gegenüber den USA im Oktober 2002, ein Programm zur Anreicherung von Uran zu betreiben (mittlerweile allerdings wieder bestritten), und dem zu Jahresbeginn 2003 erklärten Austritt Nordkoreas aus dem Vertrag über die Nichtverbreitung von Atomwaffen (NVV) geriet das an der friedlichen Beilegung der Krise interessierte China zunehmend in die Rolle des Mittlers – zunächst zwischen Nordkorea und den USA, dann auch unter Einbeziehung der anderen Anrainerstaaten.⁹³ Japan wollte sich an den Gesprächen beteiligen und warb dafür um die Unterstützung Chinas. Wenngleich von chinesischer Seite zu Anfang betont wurde, oberste Priorität habe die Fortsetzung des Dialoges mit Nordkorea und nicht die Frage zuzätzlicher Teilnehmer, sagte China im Juni 2003 schließlich Japan zu, sich für dessen Teilnahme an den Gesprächen einzusetzen.⁹⁴

Obwohl die Sechsergespräche bislang nicht zu einer Lösung geführt haben, ist von chinesischer,⁹⁵ aber auch von japanischer Seite zu hören, daß dieses Gesprächsformat in Zukunft fortgeführt werden sollte und den Grundstein für eine nordostasiatische Sicherheitsarchitektur legen könnte.

Im Unterschied zu den sicherheitspolitischen Beziehungen, für die trotz kooperativer Bemühungen gegenseitiges Mißtrauen und latente Konflikte kennzeichnend geblieben sind, weisen die Wirtschafts- und Handelskontakte zwischen Japan und China eine hohe Dynamik und Intensität auf.

⁹³ Zugleich lehnt es China – wie auch Rußland und Südkorea – bislang ab, daß der UN-Sicherheitsrat sich mit dem Fall Nordkorea befaßt.

⁹⁴ Dies geschah beim Treffen der Außenminister beider Staaten im Rahmen des Asean Regional Forum in Phnom Penh. Vgl. Pryzstup, *Political Breakthrough and the SARS Outbreak* [wie Fn. 45].

⁹⁵ Vgl. z.B. Sun Cheng, *Zhihou de anquan guanxi he chulu* [wie Fn. 3], S. 6; Lu Zhongwei, *Zhong-Ri guanxi: lijie yu tuijin* [Die chinesisch-japanischen Beziehungen: Verständnis und Förderung], in: *Xiandai Guoji Guanxi*, (2003) 9, S. 1–8 (7).

⁹¹ Roy, *Stirring Samurai* [wie Fn. 10], S. 8.

⁹² Unter Beteiligung der beiden Koreas, der USA, Chinas, Japans und Rußlands.

Handel und Wirtschaft

Japan und China als Wirtschaftsmächte: Verschiebung der Gewichte?

Japan und China sind zweifellos die größten Volkswirtschaften und die führenden Wirtschaftsmächte Ostasiens. Bereits heute stellt das bilaterale Verhältnis beider Länder eine der quantitativ wichtigsten Handels- und Wirtschaftsbeziehungen in der Welt dar. Der statistische Vergleich zeigt deutlich den ökonomischen Vorsprung Japans (Tabelle 1). Das *Industrieland* Japan verfügt über eine etwa dreieinhalbmal so große Volkswirtschaft wie das *Entwicklungsland* China und über ein etwa vierzigmal so hohes Pro-Kopf-Einkommen.⁹⁶ Am gesamten Bruttoinlandsprodukt Ostasiens im Jahr 2001 hielt Japan allein einen Anteil von 61,5%, China dagegen nur von 16,5%. Japan verfügt über Kapazitäten in allen wichtigen Industrie- und Dienstleistungssektoren und ist in zahlreichen Branchen im internationalen Wettbewerb führend. Kein anderes Land in Ostasien ist industriell auch nur annähernd so fortgeschritten, besitzt vergleichbare technologische Potentiale und hat eine so umfangreiche und zugleich differenzierte Inlandsnachfrage wie Japan. Demgegenüber ist China in erster Linie ein leistungsfähiger Standort für arbeitsintensive Industrieproduktion und beherbergt erst einige wenige isolierte High-Tech-Standorte.

Die Gegenüberstellung des statischen Ist-Zustandes wird dem bilateralen Verhältnis allerdings nicht ganz gerecht, da sie die Kontraste in der Wachstums- und Entwicklungsdynamik der beiden Länder und die sich daraus ergebende Verschiebung der Gewichte nicht berücksichtigt. Tatsächlich hätten die Entwicklungspfade der japanischen und der chinesischen Volks-

⁹⁶ Allerdings nur in einem Vergleich zu laufenden Wechselkursen. Bei einem Kaufkraftparitätenvergleich, der nationale Kosten- und Preisstrukturen berücksichtigt und durch den somit die verschiedenen Wohlstandsniveaus exakter abgebildet werden können, ist China absolut gesehen die größere Volkswirtschaft, fällt aber selbst hier im Pro-Kopf-Vergleich deutlich zurück. Da der grenzüberschreitende Wirtschaftsverkehr über den Wechselkurs bewertet wird, ist der Wechselkursvergleich als Indikator für die ökonomische Bedeutung der beiden Länder in Ostasien und in der Weltwirtschaft die relevante Kennziffer.

Tabelle 1
Japan und China im Vergleich

	<i>Japan</i>	<i>China</i>
BIP 2002 (Mrd. \$)	4 285	1 237
BIP/Kopf 2002 (\$)	38 655	955
Anteil am BIP von ganz Ostasien 2001 (in %)	61,5	16,5
BIP-Wachstum 1980–1990 (in %)	4,1	9,5
BIP-Wachstum 1990–2002 (in %)	1,4	10,0
Währungsreserven Ende 2003 (Mrd. \$)	674	403
Außenhandelsvolumen 2003 (Mrd. \$)	851	851
Wettbewerbsfähigkeit 2003 (Score Points) ^a	56,3	50,8
Bevölkerung 2002 (Mio. Menschen)	127	1 295
Landfläche (qkm)	377 829	9 560 770

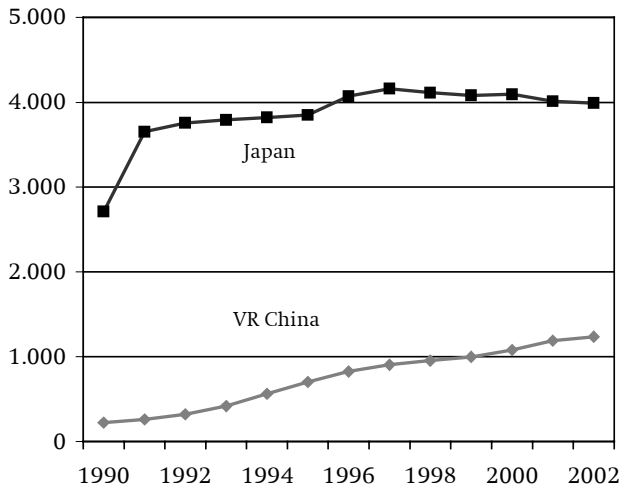
^a USA = 100 (Einstufung durch IMD für das Jahr 2003).

Quellen: Asian Development Bank; International Monetary Fund; International Institute for Management Development (IMD); verschiedene nationale Statistiken; eigene Berechnungen.

wirtschaft in den neunziger Jahren kaum unterschiedlicher verlaufen können: Auf der einen Seite erlebte Japan in der Folge des doppelten Preisverfalls an der Aktienbörse und den Immobilienmärkten eine lange, bis in die Gegenwart reichende Stagnation. Andererseits konnte China über die gesamten neunziger Jahre Wachstumsraten von nahezu 10% pro Jahr erzielen. Während Japans Unternehmen mit der stürmischen Produktivitätsentwicklung der amerikanischen Wettbewerber nicht Schritt halten konnten, eroberten Industrieprodukte »made in China« immer neue Weltmarktsegmente. In Japan lähmten strukturelle Verwerfungen die konjunkturelle Entwicklung. Die chinesische Volkswirtschaft hingegen konnte einen Teil ihrer Entwicklungsrückstände gegenüber Japan und dem Westen verringern. Aufgrund der inzwischen Japan übersteigenden Importkapazitäten und der von der Bevölkerungsmasse ausgehenden Gravitationskraft gewinnt China zunehmend an Gewicht im Welt-

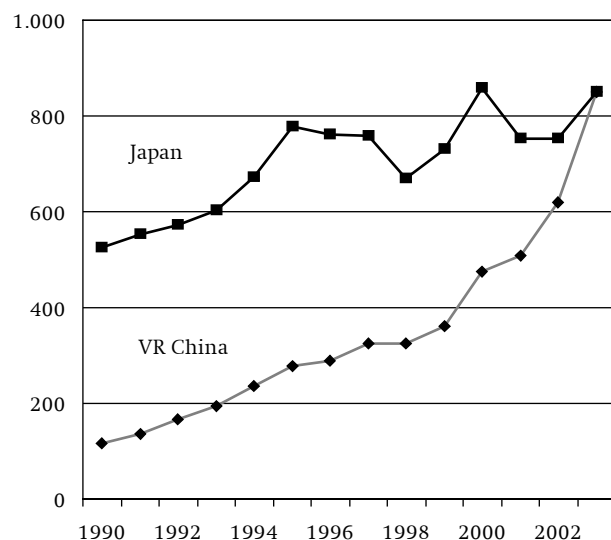
handel und in der Weltwirtschaft (siehe Abbildungen 2 und 3). Es ist auch für zahlreiche multinationale Unternehmen inzwischen der attraktivere Investitionsstandort.

Abbildung 2
Entwicklung des BIP der VR China und Japans, 1990–2002, im Vergleich (in Mrd. US-Dollar)



Quelle: *International Monetary Fund*, *International Financial Statistics*, November 1997 und November 2003, Washington, D.C. Alle Angaben zu durchschnittlichen Wechselkursen 2002 (Japan: 125,39 Yen/US-Dollar, China: 8,277 Yuan/US-Dollar).

Abbildung 3
Entwicklung des Außenhandels der VR China und Japans, 1990–2003, im Vergleich (in Mrd. US-Dollar)



Quellen: *International Monetary Fund*, *Direction of Trade Statistics Yearbook*, 1996 und 2003, Washington, D.C. Daten für 2003: Chinesische Zollstatistik; *Japan External Trade Organization*.

Japan in Ostasien: Die Leitgans schwächelt

In Japan wird gemeinhin die eigene Rolle in Ostasien mit dem populären Bild einer Formation von Fluggänsen beschrieben.⁹⁷ Nach dieser Vorstellung vollziehen sich Industrialisierung und außenwirtschaftliche Verflechtung Ostasiens in mehreren, zeitlich aufeinanderfolgenden, sich überlappenden Wellenbewegungen. Dem Fluggänsemodell zufolge überlassen die fortgeschrittenen Länder den aufholenden Ländern über Kapitalexporte, Direktinvestitionen und Technologietransfer diejenigen Industriezweige, in denen sie selbst nicht mehr wettbewerbsfähig sind, und erschließen sich dafür neue kapital- und technologieintensive industrielle Aktivitäten. Als ein Sinnbild der regionalen Export- und Industrialisierungsdynamik weist die V-förmige Formation des ostasiatischen Fluggänse-Schwarms Japan den Spitzenplatz zu und zeigt den Entwicklungs- und Schwellenländern der Region einen konkreten Fahrplan zum wirtschaftlichen Erfolg auf.

Tatsächlich vermittelte Japan der Region seit den siebziger Jahren über Export und Investitionen mächtige Industrialisierungsimpulse. Die positiven Wachstumseffekte, die einst von einem vitalen und ökonomisch robusten Japan ausgingen, haben sich aber durch die Strukturkrise Japans seit 1992 deutlich abgeschwächt. Insbesondere stagnierten die Importe Japans aus Südostasien in den vergangenen Jahren. Gleichwohl ist Japan – zumindest aus Sicht der Schwellenländer Südasiens – nach wie vor der wichtigste asiatische Handelspartner und Investor.

Umgekehrt bleibt Ostasien für Japan von erstrangiger Bedeutung. Die Region ist wichtiger Absatzmarkt, kostengünstiger Produktionsstandort und die geographisch nahe Quelle für den Bezug von Primärressourcen und industriellen Vorleistungen. Auch ist evident, daß im Zuge der außenwirtschaftlichen Verflechtung und der wachsenden Interdependenz der nationalen Konjunkturverläufe die ökonomische Abhängigkeit Japans von seinen Nachbarländern ständig zunimmt. An einer Fortsetzung des wirtschaftlichen Wachstumsprozesses und an der Wahrung politischer Stabilität in der Region hat Japan deshalb ein existentielles Interesse und ist auch immer wieder bereit, den wirtschaftlichen Entwicklungsprozeß mit staatlichen

⁹⁷ Zum Modell der Fluggänse und seiner Implikationen vgl. ausführlich Hanns Günther *Hilpert*, *Wirtschaftliche Integration in Ostasien in raumwirtschaftlicher Analyse*, Berlin/München: Duncker & Humblot, 1998, S. 71–79.

Finanzmitteln zu unterstützen. So liegt die Priorität der japanischen Entwicklungshilfe seit ihrem Beginn in den siebziger Jahren auf Asien. Allein für Südostasien wendete Japan in den vergangenen zehn Jahren ca. 23 Mrd. US-Dollar auf, das sind etwa 30% der gesamten Entwicklungshilfe. Aus Sicht der Asean-Staaten waren dies etwa 60% der insgesamt empfangenen Leistungen.

China in Ostasien: Das neue Gravitationszentrum?

Im Zuge seiner ökonomischen Transformation entwickelte sich China zu einem Konkurrenten Ost- und Südasiens bei der Belieferung der Weltmärkte mit Fertigwaren und bei der Anwerbung von Direktinvestitionen. Tatsächlich verloren die Volkswirtschaften Südasiens in den neunziger Jahren Marktanteile in den westlichen Industrieländern und waren negativ von Standortverlagerungen betroffen, was sich im Gefolge der Asienkrise und des WTO-Beitritts Chinas noch verstärkte. Andererseits konnte die Subregion zunehmend von der wachsenden Importnachfrage Chinas profitieren. Dieser Importsog dürfte angesichts Chinas weiterer Industrialisierung einen dauerhaften Trend darstellen. Infolge der industriellen Ballungsprozesse an Chinas Küsten entwickelt sich die Volksrepublik allmählich zum wirtschaftlichen Gravitationszentrum Asiens. Wenn auch noch lange nicht feststeht, daß China tatsächlich die Rolle des wirtschaftlichen Zentrums in Ostasien spielen wird, so kann doch kurzfristig aus südostasiatischer Sicht als sicher gelten, daß die vom chinesischen Importmarkt ausgehenden Wachstumseffekte die Wohlfahrtsverluste ausgleichen, die aus dem Verdrängungswettbewerb resultieren.

Umgekehrt ist für China die wirtschaftliche Bedeutung Südasiens angesichts der Orientierung der eigenen Exporte auf die Märkte der Industrieländer erheblich geringer. Zwar hat sich seit Mitte der neunziger Jahre der Import aus den Asean-Flächenstaaten anteilig gesehen fast verdoppelt, der Export in die Region stagniert aber. Für eine nachhaltige Fortsetzung des binnenwirtschaftlichen Wachstumsprozesses benötigt China dauerhafte politische Stabilität an seinen Grenzen und möglichst auch die Sympathie seiner Nachbarn. Wirtschafts- und handelspolitische Zugeständnisse können hierfür ein probates Mittel sein. Gerade weil Beijing zukünftige Konflikte mit der Supermacht USA befürchtet, möchte es sich

das Wohlwollen oder zumindest die Neutralität Südasiens sichern.⁹⁸

Bilaterale Außenwirtschaftsbeziehungen

Der bilaterale Außenhandel

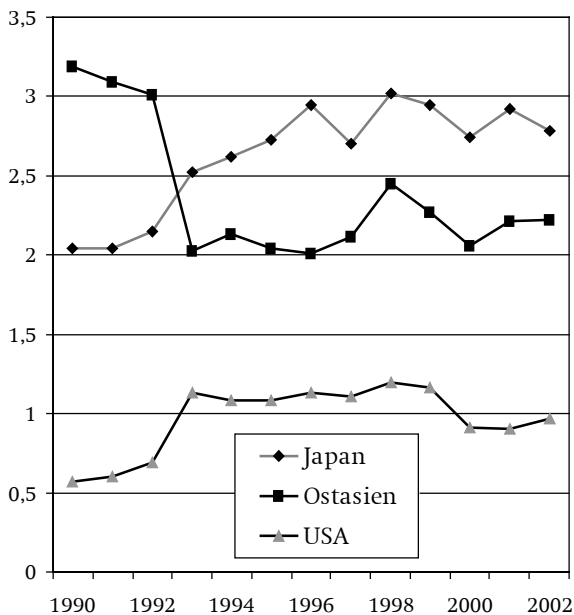
Gemessen am absoluten Volumen unterhalten Japan und China eine der bedeutendsten Handelsbeziehungen weltweit. Das bilaterale Handelsvolumen belief sich im Jahr 2003 auf ca. 133 Mrd. US-Dollar. Zwar sind für beide Länder nach wie vor die USA der wichtigste Absatzmarkt, die wichtigste Importquelle für China ist aber Japan und umgekehrt (letzteres erstmals im Jahr 2002). Angesichts der außerordentlichen Dynamik und der hohen Intensität im bilateralen Handel ist zu erwarten, daß China in absehbarer Zeit zum wichtigsten Handelspartner Japans avanciert und die USA auf den zweiten Platz verweist. Bemerkenswert am japanisch-chinesischen Handel ist insbesondere seine hohe Intensität: In Relation zum Welt Handelsanteil des Partnerlandes ist die Bedeutung der bilateralen Handelsbeziehung inzwischen höher als die der bilateralen Handelsbeziehungen Japans und Chinas zum übrigen Ostasien oder zu den USA (siehe Abbildung 4 exemplarisch für Chinas Exporte). Die sektorale Struktur des bilateralen Handels hat sich entsprechend der ökonomischen Komplementarität der volkswirtschaftlichen Angebotsstrukturen entwickelt: Japan liefert nach China vor allem Maschinen und Anlagen, hochwertige Komponenten und Fertigwaren. Chinas Exporte hingegen entstammen vorwiegend der Leichtindustrie (Textilien, Bekleidung, Schuhe, Sportartikel, Spielzeuge), der Elektrotechnik und Elektronik sowie dem Agrarsektor. Beunruhigend ist dabei für Japans Industrie und Industriepolitik die Tatsache, daß der Technologiegehalt in Chinas Industrieexporten rasch zunimmt.

Japan erzielt nach eigenen Angaben im Außenhandel mit China ein Handelsbilanzdefizit.⁹⁹ Für Japan ist dies ungewöhnlich, da es noch immer einen

⁹⁸ Vgl. Alice D. Ba, China and Asean. Renavigating Relations for a 21st-Century Asia, in: Asian Survey, 43 (Juli/August 2003) 4, S. 622–647 (637).

⁹⁹ Und zwar in Höhe von 18,0 Mrd. US-Dollar im Jahr 2003. Nach chinesischen Statistiken hingegen hat Japan 2003 einen Überschuß in Höhe von 14,7 Mrd. US-Dollar erzielt. Die Differenz beruht vor allem auf der Tatsache, daß China seine über Hongkong abgewickelten Japan-Exporte als Exporte nach Hongkong verbucht, Japan aber als Importe aus China.

Abbildung 4
Intensität des chinesischen Exports, 1990–2002:
Japan, Ostasien und USA im Vergleich



Anmerkung: Der Index der Exportintensität ist definiert als der Anteil Japans/Ostasiens/der USA an den gesamten Exporten Chinas relativ zum Anteil Japans/Ostasiens/der USA am Weltimport. Der Index ist ein normierter Indikator für den Grad der Handelsverflechtung (hier: von Chinas Exporthandel).

Quelle: *International Monetary Fund*, Direction of Trade Statistics Yearbook, Washington, D.C.

für Industrieländer bemerkenswert niedrigen Importanteil von Fertigwaren aufweist. Dennoch verlief die wachsende Durchdringung des japanischen Binnenmarktes mit Importen aus China insgesamt gesehen erstaunlich konfliktarm. So hat zwar der chinesische Verdrängungswettbewerb in einer wachsenden Zahl von Segmenten den Abbau industrieller Fertigung und den Verlust von Arbeitsplätzen in Japan zur Folge, das japanische Handelsministerium (METI) hat aber bisher keinerlei protektionistische Maßnahmen ergriffen, um den betroffenen Unternehmen zu helfen. Dagegen verfügte das Agrarministerium im Frühjahr 2001 Importschutzmaßnahmen für drei Agrarprodukte. Daraufhin reagierte die chinesische Handelspolitik mit empfindlichen Strafzöllen für japanische Industrieprodukte. Sieht man aber von diesem sicherlich nicht unwichtigen Konfliktfall ab, so hat der durch den chinesischen Importwettbewerb angestoßene Strukturwandel in Japan kaum Handelskonflikte ausgelöst.¹⁰⁰

¹⁰⁰ Zur innenpolitischen Reaktion in Japan auf die zunehmenden Importe aus China vgl. Dong Dong Zhang, *China's*

Japanische Direktinvestitionen in China

Durch Direktinvestitionen können sich Japans Unternehmen die komparativen Vorteile des Fertigungsstandortes China kommerziell erschließen. Diese sind daher ein wesentlicher Antriebsfaktor der chinesisch-japanischen Handelsverflechtung. Mit Direktinvestitionen in Höhe von gut 35,4 Mrd. US-Dollar¹⁰¹ ist Japan der nach Hongkong und den USA drittgrößte Investor in China. Allein im zurückliegenden Fiskaljahr 2002/03 investierten japanische Unternehmen ca. 2 Mrd. US-Dollar in China. Auffällig ist das im Vergleich zu den Direktinvestitionen westlicher und auslandschinesischer Unternehmen überdurchschnittliche Engagement der verarbeitenden Industrie und des Mittelstands. Bestimmende Investitionsmotive sind nicht nur die niedrigen Löhne und die günstigen Standortbedingungen in unmittelbarer Nähe des japanischen Heimatmarktes, sondern auch das Absatzpotential im chinesischen Binnenmarkt.¹⁰² Trotz der zumeist bescheidenen Kapitalrenditen bleibt deshalb die Anziehungskraft Chinas als Investitionsstandort für Japans Unternehmen ungebrochen.

In repräsentativen Befragungen wird China seit nunmehr zehn Jahren in mittel- und in langfristiger Perspektive als weltweit attraktivster Investitionsstandort eingestuft.¹⁰³ Investitionen japanischer Unternehmen sind in China begehrt. Dennoch sind Konflikte zwischen beiden Seiten nicht ausgeblieben. Auf lokaler Ebene beklagen japanische Investoren gezielte Diskriminierungen chinesischer Behörden. Auch bei der Lizenzvergabe in sogenannten strategischen Sektoren (Kraftfahrzeuge, Telekommunikation) und bei der Auftragsvergabe in größeren Infrastrukturprojekten

Relations with Japan in an Era of Economic Liberalization, New York: Nova Science Publishers, 1998, S. 117–138; Hidetaka Yoshimatsu, *Social Demand, State Capability and Globalization: Japan–China Trade Friction over Safeguards*, in: *The Pacific Review*, 15 (2002) 2, S. 381–408.

¹⁰¹ Bestände zum 31. Dezember 2001 laut chinesischen Statistiken. Nach Angaben des japanischen Finanzministeriums haben japanische Unternehmen bis zum 31. September 2003 ca. 25 Mrd. US-Dollar in China investiert.

¹⁰² Zu den japanischen Direktinvestitionen in China vgl. Katsuji Nakagane, *Japanese Foreign Direct Investment in China: Its Effects on China's Economic Development*, in: Hanns Günther Hilpert/René Haak (Hg.), *Japan and China. Cooperation, Competition and Conflict*, Houndmills: MacMillan Press, 2002, S. 52–71 (52–57).

¹⁰³ Vgl. hierzu die jährlichen Befragungen der *Japan Bank for International Cooperation*, Kaihatsu kinyu kenkyusho ho [Institute of Development Finance Report], Tokyo, Januar 2002.

ten fühlt man sich benachteiligt.¹⁰⁴ Die chinesische Seite wiederum kritisiert den – verglichen mit den Direktinvestitionen der USA oder Europas – relativ geringen Umfang und den geringen Technologiegehalt japanischer Investitionen und Exporte.

Japanische Entwicklungshilfe in China

Japan ist Chinas wichtigster Entwicklungshilfegeber. Zugleich ist China (gemeinsam mit Indonesien) das weltweit wichtigste Empfängerland japanischer Entwicklungshilfe.¹⁰⁵ Die 1980 einsetzenden Leistungen Japans beliefen sich bis Ende März 2002 auf knapp 29 Mrd. US-Dollar; allerdings ist seit Mitte der neunziger Jahre die Entwicklungshilfe an China deutlich rückläufig. Etwa 10% der japanischen Leistungen entfielen auf Schenkungen, der Rest auf zinslose oder zinsgünstige Kredite. Inhaltlich hat Japans Entwicklungshilfe an China einen bemerkenswerten strukturellen Wandel durchlaufen. Noch in den achtziger Jahren hatte Japan vorwiegend Großprojekte im Bereich Infrastruktur (Verkehr, Telekommunikation, Energie) gefördert, die in direktem Zusammenhang mit dem Eigeninteresse der japanischen Wirtschaft standen. In den neunziger Jahren traten Projekte zur Entwicklung der Binnenprovinzen und der Landwirtschaft hinzu, und es wurden Umweltprojekte, Maßnahmen zur Verbesserung der medizinischen Versorgung und zur Entwicklung des Humankapitals finanziert. Mit Blick auf die angestrebte Nachhaltigkeit in Chinas Entwicklung und Industrialisierung haben sich die Prioritäten der japanischen Hilfsleistungen seit Ende der neunziger Jahre noch deutlicher in diese Bereiche verschoben. Nach offiziellen Angaben beläuft sich der Anteil der umweltbezogenen Entwicklungshilfe inzwischen auf über 60%.

Aus chinesischer Sicht sind die japanischen Entwicklungshilfeleistungen zweifellos willkommen. Gleichwohl gibt das japanische Engagement immer

wieder Anlaß für Auseinandersetzungen. Beispielsweise weigerte sich Japan Mitte der neunziger Jahre, dem chinesischen Wunsch nach Umschuldung nachzukommen, um nicht im Verhältnis zu anderen Entwicklungsländern einen Präzedenzfall zu schaffen. Die chinesischen Atomwaffenversuche im Sommer des Jahres 1995 beantwortete Japan, indem es den Schenkungsanteil der Hilfsleistungen (zeitweilig) aussetzte. Beijing sah in der japanischen Aktion die Suspendierung des bisherigen Grundsatzes, Politik und Wirtschaft in den bilateralen Beziehungen strikt zu trennen. Nicht minder verärgert reagierte das offizielle China auf grundsätzliche Hinweise aus Japan: Die 1992 verabschiedete nationale ODA-Charter binde die Vergabe von Entwicklungshilfe an die Achtung der Menschenrechte im Empfängerland sowie an die Zurückhaltung bei der militärischen Rüstung und bei Waffenexporten; China könne sich deshalb im Grunde nicht qualifizieren (erhielt aber weiterhin Entwicklungshilfe). Für das japanisch-chinesische Verhältnis problematischer als die diversen inhaltlichen Kritikpunkte dürfte jedoch der fehlende Konsens bei der moralischen Interpretation und der Motivation der Entwicklungshilfeleistungen sein. Während für Japan kommerzielle, ökologische, sicherheitspolitische und auch humanitäre Gesichtspunkte im Vordergrund stehen, werden die japanischen Leistungen von der chinesischen Seite vielfach nicht als freiwillige Hilfeleistung anerkannt, sondern in Beziehung zu der japanischen Kriegsschuld gesetzt.¹⁰⁶

Rückwirkungen auf die Binnenwirtschaft Japans und Chinas

Die Dynamik der bilateralen außenwirtschaftlichen Integration und Kooperation hat unweigerlich Konsequenzen für die Binnenwirtschaft der beiden Länder. Sie forciert den sektoralen Strukturwandel, und sie beeinflusst Konjunktur und Wachstum. In dem bilateralen Verhältnis kristallisieren sich quasi die Effekte der Globalisierung.

¹⁰⁴ Zu den Problemen japanischer Investoren in China vgl. ausführlich Michel Delapierre/Christian Milelli, *Japanese Direct Investment in China: »One Bed for Two Dreams«*, in: Sam Dzever/Jacques Jaussaud (Hg.), *China and India. Economic Performance and Business Strategies of Firms in the Mid-1990s*, Houndmills: MacMillan Press, 1999, S. 53–72.

¹⁰⁵ Zur japanischen Entwicklungshilfe in China vgl. Junichi Inada, *Japan's ODA: Its Impact on China's Industrialization and Sino-Japanese Relations*, in: Hilpert/Haak (Hg.), *Japan and China* [wie Fn. 102], S. 121–139; Marie Söderberg, *The Role of ODA in the Relationship*, in: Söderberg (Hg.), *Chinese-Japanese Relations in the Twenty-first Century* [wie Fn. 14], S. 114–129.

¹⁰⁶ Vgl. hierzu S. 9ff.

Japan

Die ökonomische Krise Japans seit Beginn der neunziger Jahre ist vor allem hausgemachten Fehlern anzulasten.¹⁰⁷ Aber die attraktiven Standortbedingungen auf dem chinesischen Festland haben die Kosten Nachteile Japans¹⁰⁸ verschärft und damit den sektoralen Strukturwandel beschleunigt. Kapazitätsabbau, Produktionsverlagerung und Beschäftigungsverluste betreffen vor allem den industriellen Mittelstand Japans. Zu konstatieren ist daher nicht nur der Verlust industrieller Kapazitäten und von Arbeitsplätzen in lohnintensiven Branchen, sondern auch der Verlust an anwendungsspezifischem Prozeßwissen, der mit der kompletten Verlagerung von mechanischen Fertigungsprozessen und Grundstoffindustrien nach China einhergeht. In diesem Zusammenhang wird von industrieller Aushöhlung (*sangyo no kudoka*) gesprochen.¹⁰⁹

Die quantitative Dimension des Verlagerungsprozesses zeigt an, daß die wirtschaftliche Entwicklungsdynamik Chinas nicht nur sektoral auf Japan einwirkt, sondern auch einschneidende gesamtwirtschaftliche Konsequenzen hat. Der gegenwärtige Strukturwandel erzwingt einen Rückgang der Beschäftigung im verarbeitenden Gewerbe und einen durch Kapazitätsabbau verursachten Verlust an Wachstumschancen und Innovationspotentialen. Darüber hinaus dürfte der Zustrom billiger Importwaren aus China auch die deflationären Tendenzen in Japan weiter anheizen. Es sind nämlich vorwiegend die in China gefer-

tigten Warengruppen – beispielsweise Bekleidung, Konsumelektronik und Nahrungsmittel –, die für fallende Preise und möglicherweise auch für Deflationsdruck auf Japans Märkten sorgen.

Japans Wirtschaft hat aber in vielfacher Hinsicht vom wirtschaftlichen Wachstum Chinas und von der außenwirtschaftlichen Integration beider Länder profitiert. Erstens hat die sich intensivierende Außenhandelsverflechtung die gesamtwirtschaftliche Effizienz Japans erhöht. Zweitens stützte der boomende Export nach China über die gesamten neunziger Jahre bis heute die ansonsten schwache Konjunktur Japans, so insbesondere auch im gegenwärtigen Aufschwungsprozeß. Und drittens haben sich durch den Aufstieg Chinas als leistungsfähiger Fertigungsstandort für lohnintensive Industrieproduktion Japans *terms of trade* dauerhaft und nachhaltig verbessert: Von den fallenden Preisen profitierten Japans Haushalte und Unternehmen gleichermaßen. Gesamtwirtschaftlich dürften für Japan die positiven Effekte überwiegen, wenn auch einzelne Gruppen innerhalb Japans beträchtliche Einkommensverluste erfahren.

China

Im Gegensatz zu Japan war China in den neunziger Jahren von einer außerordentlichen Wachstumsdynamik geprägt, die sich sogar als resistent gegenüber externen Schocks wie der Asienkrise erwies.¹¹⁰ Da aber von der außenwirtschaftlichen Öffnung und Liberalisierung wesentliche Impulse auf den laufenden Transformations- und Wachstumsprozeß ausgingen, ist der internationale Handel und Investitionsverkehr auch für Chinas binnenwirtschaftliche Entwicklung von überragender Bedeutung. Wie oben ausgeführt, nimmt Japan in Chinas Außenwirtschaftsverkehr eine sehr wichtige Rolle ein und hat insbesondere auf Chinas Industrialisierungsprozeß positiv eingewirkt.¹¹¹ Japans Direktinvestitionen und Entwicklungshilfe haben einen wichtigen Beitrag zur Moder-

107 Zu nennen sind beispielsweise die zumindest temporär zu restriktive Geldpolitik, prozessuale Fehler in der Fiskalpolitik, Versäumnisse bei der Sanierung des maroden Bankensystems, bei der überfälligen Privatisierung halbstaatlicher Körperschaften, bei der Deregulierung und bei der Bewältigung des strukturellen Wandels. Zur japanischen Wirtschafts- und Strukturkrise vgl. Hanns Günther *Hilpert*, *Japans endlose Wirtschaftskrise. Perspektiven für Japan und die Weltwirtschaft*, Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik, Dezember 2002 (S. 44/02).

108 Die hohen Löhne und Steuern, die hohen Grundstückspreise, die regulierungsbedingt hohen Kosten für Elektrizität, Telekommunikation, Transport und Distribution.

109 Zur Diskussion um die industrielle Aushöhlung Japans vgl. Yoshiaki *Nakamura*/Moritani *Shibuya*, *The Hollowing-Out Phenomenon in the Japanese Industry*, Tokyo: Research Institute of International Trade and Industry, 1995 (Studies in International Trade and Industry No. 19); Yuri *Okina*/Akiko *Kohsaka*, *Japanese Corporations and Industrial Upgrading: Beyond Industrial Hollowing-Out*, in: *Japan Research Quarterly*, 5 (1996) 2, S. 45–91; Mitsuhiro *Seki*, *Beyond the Full-Set Industrial Structure. Japanese Industry in the New Age of East Asia*, Tokyo 1993, S. 77–84, 134f.

110 Für eine Analyse des chinesischen Wirtschaftswachstums vgl. Zilio *Hu*/Mohsin S. *Khan*, *Why Is China Growing So Fast?*, Washington D.C.: International Monetary Fund, 1997 (IMF Staff Papers, Bd. 44/1997).

111 Zur Rolle Japans in der Industrialisierung Chinas ausführlich: Markus *Taube*, *Japan's Role in China's Industrialization*, in: *Hilpert/Haak* (Hg.), *Japan and China* [wie Fn. 102], S. 103–120; zur positiven Rolle der japanischen Direktinvestitionen vgl. *Nakagane*, *Japanese Foreign Direct Investment in China* [wie Fn. 102], S. 52–71 (57–62).

nisierung von Kapitalstock und Infrastruktur geleistet, für zusätzliche Beschäftigung gesorgt und die Aus- und Weiterbildung des Humankapitals gefördert. Bedeutsam war auch der immaterielle Wissenstransfer, das heißt die Vermittlung japanischer Technologie im Rahmen von Lizenzabkommen und Direktinvestitionen, sowie die Adaption japanischer Managementkonzepte in der wirtschaftlichen Realität Chinas. Und schließlich haben die japanischen Direktinvestitionen zu einer Expansion des chinesischen Exports geführt, da sie Produkten »made in China« Absatzmöglichkeiten in Japan und in den westlichen Industrieländern eröffnet haben.

Gegenüber diesen positiven Effekten fallen die negativen kaum ins Gewicht. Sicherlich hat die Konzentration der japanischen Direktinvestitionen auf die Küstenregionen die sozialen und regionalen Ungleichheiten innerhalb Chinas verschärft. Problematisch dürften aus chinesischer Sicht auch die konjunkturell negativen Wirkungen gewesen sein, wie sie beispielsweise im Zeitraum zwischen 2000 und 2002 von der Abwertung des Yen gegenüber dem US-Dollar ausgingen. Umgekehrt ist die gegenwärtige Yen-Aufwertung für China positiv. Die Tatsache, daß sich Chinas *terms of trade* im Zuge der eigenen Weltmarktintegration verschlechtert haben, kann Japan nicht angelastet werden.

Das Verhältnis im Bereich Handel und Wirtschaft: Komplementarität und Konflikte

Die Bestandsaufnahme zeigt, daß die chinesisch-japanischen Handels- und Wirtschaftsbeziehungen umfassend, intensiv und gut entwickelt sind. Wenn es auch Verlierer gibt, so profitieren gesamtwirtschaftlich betrachtet Japan und China gleichermaßen von einer immer intensiveren bilateralen ökonomischen Integration. Gleichwohl stellt sich die Frage, ob sich dieser Trend fortsetzen wird. Für eine Beantwortung dieser Frage empfiehlt sich zunächst einmal die analytische Klärung der Natur der komplexen und vielschichtigen chinesisch-japanischen Handels- und Wirtschaftsbeziehungen.

In dem erkennbaren Nebeneinander und Zusammenwirken von Kooperation, Wettbewerb und Konflikt ist offenbar das eindeutig dominierende Element die friedliche und freiwillige Kooperation. Die Feststellung ist trivial, aber gleichwohl von fundamentaler Bedeutung: Praktisch der gesamte japanisch-chinesische Geschäftsverkehr besteht aus freiwilligen

Markttransaktionen und ist frei von staatlichem Zwang. Dies gilt insbesondere für China, wo die Systemtransformation inzwischen so weit fortgeschritten ist, daß seine außenwirtschaftlichen Transaktionen ganz überwiegend gewinnorientiert und in einen marktwirtschaftlichen Rahmen eingebettet sind. Deshalb belegt schon allein die Tatsache des boomenden Geschäftsverkehrs die kooperative Natur der bilateralen wirtschaftlichen Beziehungen.

In neoklassischer ökonomischer Argumentation ist die kooperative Natur der japanisch-chinesischen Wirtschaftsbeziehungen begründet in der Komplementarität der Angebotsstrukturen beider Volkswirtschaften. Japans komparative Vorteile liegen in einer reichlichen Ausstattung mit Kapital, Technologie und einem hochqualifizierten Humankapital, während China über ein schier unerschöpfliches Reservoir billiger Arbeitskräfte verfügt. Aufgrund dieser unterschiedlichen Faktorausstattungen, aber auch aufgrund der Unterschiede in den politischen und ökonomischen Institutionen ist das in Japan oft ängstlich beschworene Bild eines chinesischen Verdrängungswettbewerbes eher eine von Sorgen bestimmte Zukunftsvision als eine realistische Beschreibung der Gegenwart. Noch ist Japan die alleinige wirtschaftliche Großmacht Asiens und China bestenfalls ein potentieller Herausforderer.

Aus den unterschiedlichen Faktorausstattungen resultieren auch die unterschiedlichen Grundmuster der Rollen Japans und Chinas in Ostasien und in der Weltwirtschaft. Japan ist Investor, Technologiequelle, Lieferant hochwertiger Maschinen, Ausrüstungen und Komponenten sowie zunehmend auch von Musik- und Medienprodukten. China ist industrieller Fertigungsstandort zur Belieferung asiatischer und außerasiatischer Märkte. Die komplementären Angebotsstrukturen und Spezialisierungen in geographischer Nachbarschaft ermöglichen einzel- und gesamtwirtschaftliche Zusammenarbeit zum beiderseitigen Vorteil und Nutzen. So kann insbesondere die japanische Exportwirtschaft infolge der wachsenden Verflechtung mit China ihre internationale Wettbewerbsfähigkeit steigern und durch die Endmontage arbeitsintensiver Produkte sowie den Bezug kostengünstiger Vorleistungen aus China ihre Weltmarktposition verbessern.

Der These einer grundsätzlich kooperativen Natur der bilateralen Außenwirtschaftsbeziehungen scheinen aber Erfahrungen der geschäftlichen und wirtschaftspolitischen Praxis zu widersprechen. Außenhandel, Direktinvestitionen, Technologietransfer und Entwicklungshilfe sind zwar kommerziell lukrativ,

aber eben auch Gegenstand von Konflikten. Chinesische Staatsunternehmen wie japanische Altindustrien sind in ihren Heimatmärkten gefährdet. Die grundsätzlich richtige These einer kooperativen Natur der chinesisch-japanischen Beziehungen ist daher aus zwei Gründen zu modifizieren:

- ▶ Erstens werden die gegenseitigen ökonomischen Beziehungen nicht allein durch marktwirtschaftlichen Wettbewerb bestimmt. Eine wichtige Rolle kommt auch dem Staat zu, insbesondere wenn die Ergebnisse des marktwirtschaftlichen Wettbewerbs von maßgeblichen Interessengruppen – das sind vor allem die Landwirtschaft und der gewerbliche Mittelstand Japans sowie die überdimensionierten Staatsbetriebe Chinas – nicht akzeptiert werden. Bestehende Wettbewerbsbeschränkungen und Interventionen auf der zentralstaatlichen oder lokalen Ebene sind verantwortlich für die meisten Handels- und Investitionskonflikte. Dabei bezwecken die zugrundeliegenden wettbewerbsverzerrenden Strukturen und die konkreten protektionistischen Handlungen die Umleitung ökonomischer Renten. Sie stellen aber nicht die bilaterale Integration an sich in Frage.
- ▶ Zweitens prägen auch die längerfristigen Erwartungen die gegenseitigen ökonomischen Beziehungen. Die wachsende Wettbewerbskraft chinesischer Unternehmen und die graduelle Verlagerung ökonomischer Gewichte sind dynamische Elemente, die in der wirtschaftlichen und politischen Agenda beider Länder breiten Raum einnehmen und die Entscheidungen von Unternehmen und Wirtschaftspolitik beeinflussen. Dabei kommt in der allgemeinen Wahrnehmung China die attraktive Rolle des offensiven Herausforderers, Japan die weniger reizvolle Rolle des defensiv agierenden Anpassungsverweigerers zu. Extrapoliert man die gegenwärtigen Wachstumsraten Chinas und Japans in die Zukunft, könnte China im Jahr 2017 Japan als größte Volkswirtschaft Asiens ablösen. Nach vorläufigen Außenhandelszahlen ist China bereits im Jahr 2003 zur größten Handelsnation Asiens geworden.

Staatliche und nichtstaatliche Wettbewerbsbeschränkungen auf der einen Seite, das dynamische Wettbewerbselement auf der anderen Seite korrigieren und modifizieren also das Bild einer kooperativen Natur der japanisch-chinesischen Handels- und Wirtschaftsbeziehungen. Gerade weil sich beide Volkswirtschaften zusehends verflechten, verschärft sich auch der unternehmerische Wettbewerb, und Konflikt-

punkte treten vermehrt auf. Im Zuge der außenwirtschaftlichen Integration nimmt die beiderseitige ökonomische Abhängigkeit ebenfalls zu. Mit dieser mehrten sich die Reibungsflächen und die Vorwürfe des Protektionismus, des Dumpings, der Technologieverweigerung oder umgekehrt des Diebstahls geistigen Eigentums. Generell dürfte sich aber die wachsende Verflechtung in der Tendenz konfliktmindernd auswirken. Eine spannungslösende Rolle werden auf der mikroökonomischen Ebene die (japanischen und chinesischen) Unternehmensnetzwerke spielen. In der unternehmerischen Zusammenarbeit und im Wettbewerb werden die nationalen Rivalitäten ergänzt und überlagert.

Aufgrund der ökonomischen Komplementarität Japans und Chinas ist zu erwarten, daß der bilaterale Handels- und Investitionsverkehr in den kommenden Jahren trotz des gegenseitigen politischen Mißtrauens weiter an Tiefe und Breite gewinnen wird. Der wirtschaftliche Take-off Chinas hat gerade erst begonnen. Die industrielle Entwicklung des Landes wird sich wohl in den kommenden Jahren weiter fortsetzen.

Ressourcen und Umwelt

Die geographische Region Nordostasien, bestehend aus China, Japan, Korea, Taiwan, Rußlands Fernem Osten und der Mongolei, grenzt an die halboffenen Binnenmeere Japanische See und Gelbes Meer. Wegen dieses Umstandes sowie der klimatischen Koppelung und der intensiven industriellen Produktionsverflechtungen ist Nordostasien zugleich eine ökologisch verbundene Region. Als die beiden größten Volkswirtschaften sind Japan und China hier diejenigen Länder, die die meisten natürlichen Ressourcen verbrauchen und unmittelbar oder mittelbar die größten Umweltbelastungen verursachen. Sie stehen gemeinsam vor der Aufgabe, die ökologische Verträglichkeit von Primärerzeugung, industrieller Produktion und Konsumption in der Region Nordostasien sicherzustellen und die Bedingungen für nachhaltiges Wirtschaften zu realisieren. Drei Bereiche sind dabei für das chinesisches-japanische Verhältnis von vorrangiger Relevanz und Dringlichkeit: die natürlichen Ressourcen, der globale Klimaschutz und die grenzüberschreitende Umweltverschmutzung.

Konkurrenz um natürliche Ressourcen

Der hohe und rasch wachsende Energie- und Rohstoffbedarf Nordostasiens kann nicht aus regional vorhandenen Lagerstätten gedeckt werden. Vor allem Japan, Südkorea und Taiwan zeichnen sich durch das gänzliche Fehlen oder den Mangel an eigenen Energie- und Rohstoffquellen aus. Aber auch China verfügt nicht über ausreichende eigene Lagerstätten. Es ist zu erwarten, daß mit fortschreitender Industrialisierung die nationale Versorgungslücke größer werden und daher der Importbedarf Chinas im Energie- und Rohstoffsektor weiter ansteigen wird. Von Bedeutung sind aber nicht nur Chinas wachsende Importe von Öl und Gas, sondern auch von Rohstoffen, wie beispielsweise Eisenerze, Mangan, Kupfer, Aluminium, Nickel, Phosphat und Edelmetalle. Im Gegensatz zu China entwickeln sich Japans Energie- und Rohstoffimporte und damit auch sein relatives Gewicht in den internationalen Märkten rückläufig. Per saldo wächst aber die Nachfrage Nordostasiens nach Rohstoffen, insbesondere nach Energieträgern. Wenn auch die wirtschaft-

liche Transformation und Modernisierung Chinas die Energieeffizienz und die Energieeinsparungen im industriellen und privaten Verbrauch erheblich verbessern,¹¹² ist damit zu rechnen, daß China – bereits seit 2003 der nach den USA zweitgrößte Ölverbraucher weltweit – im Jahr 2015 ungefähr so viel Öl importieren wird wie Japan. Der bis 2015 zusätzlich anfallende Ölimport Chinas allein würde in etwa der gegenwärtigen Jahresproduktion des Iran entsprechen.¹¹³ Bei funktionierenden Energie- und Rohstoffmärkten müßte diese wachsende Nachfrage über kurzfristige Preisänderungen und mittel- bis langfristige Veränderungen in der Angebotsmenge aufgefangen werden. Denkbar ist aber, daß bei kurzfristigen Verknappungen schmerzhaft Lieferengpässe entstehen oder die Inlandsversorgung nicht mehr gewährleistet ist. Vor diesem Hintergrund sind Japan und China bemüht, die künftige Versorgung mit der strategischen Ressource Rohöl durch langfristige Lieferverträge oder durch Investitionen in die Exploration und die Transportinfrastruktur sicherzustellen. Zu diesem Zweck versuchen beide Staaten, den Energieimport regional zu diversifizieren, das heißt die bestehende Abhängigkeit von der Golfregion zu mindern.

In dem Bemühen um nationale Versorgungssicherheit wäre eine regionale Kooperation am erfolgversprechendsten, aber faktisch stoßen Japan und China bislang als Konkurrenten aufeinander. Deutlich wurde diese Konkurrenz bei der Erschließung der Ölfelder im ostsibirischen Angarsk. Die russische Ölgesellschaft Yukos befindet sich in der attraktiven Position, zwischen zwei Erschließungsmöglichkeiten wählen zu können. Das chinesische Angebot sieht vor, das sibirische Öl über eine 2400 Kilometer lange Pipe-

¹¹² Details hierzu vgl. Andreas Oberheitmann, *Future Chinese Energy Security Strategies: Implications für National and International Projection of the Climate and Environment*, Paper presented at the Round-Table of the Policy Planning Staff in Cooperation with the German Council on Foreign Relations »China's Future Energy Security – Strategic Implications for the European Foreign Policy and Global Security«, Berlin 2003, S. 12–18.

¹¹³ Für diese Prognose vgl. Mikka Herberg, *Japan Energy*, in: NBR'S Japan Forum (Econ), 3.10.2002.

line in die Mandschurei zu leiten. Im japanischen Gegenangebot würde eine 4000 Kilometer lange Pipeline zum russischen Pazifikhafen Nachodka führen. Der Bau der längeren Pipeline wäre zwar mit einem Investitionsaufwand von rund 5 Mrd. US-Dollar erheblich teurer als die mandschurische Strecke (1,8 Mrd. US-Dollar), aber Rußland hätte damit die Möglichkeit, das sibirische Öl weltweit zu vermarkten. Um Rußland die Entscheidung zugunsten Nachodkas zu erleichtern, bot Japans Ministerpräsident Koizumi dem russischen Präsidenten Putin an, die Gesamtkosten des Pipelinebaus zu übernehmen und zusätzlich 2 Mrd. US-Dollar zur Erschließung weiterer Ölfelder in Sibirien bereitzustellen.¹¹⁴ Rußlands Regierung scheint sich mittlerweile für den japanischen Vorschlag entschieden zu haben.

Deutlich entspannter ist die Situation auf dem Agrarsektor. Nordostasien ist gegenwärtig bereits ein Nettoimporteur von Nahrungsmitteln und weist rasch wachsende Handelsbilanzdefizite in diesem Segment auf. Japan ist mit einem Einfuhrvolumen von 43,6 Mrd. US-Dollar (2001) der größte Agrarimporteur weltweit. Kein anderes Industrieland weist einen so geringen landwirtschaftlichen Selbstversorgungsgrad auf wie Japan. Demgegenüber sind Chinas Agrarimporte im Wert von ca. 6,2 Mrd. US-Dollar (2001) noch vergleichsweise bescheiden.¹¹⁵ Chinas Agrar- und Nahrungsmittelindustrie ist sogar eine wichtige Lieferquelle für Japan. Sowohl die gegebenen Kostenstrukturen in Chinas Landwirtschaft als auch die im Rahmen des WTO-Beitritts vereinbarten Zeitpläne für die wirtschaftliche Liberalisierung lassen aber auf wachsende Agrarimporte Chinas schließen. Die OECD rechnet für das Jahr 2020 mit etwa gleich hohen Nahrungsmittelninfuhren Japans und Chinas in Höhe von 170 bis 180 Mrd. US-Dollar.¹¹⁶ Mittel- bis langfristig ist also mit einer wachsenden Importkonkurrenz zwischen Japan und China auch um agrarische Erzeugnisse zu rechnen.

Kooperation im globalen Klimaschutz

Auf Ostasien entfallen etwa 17% des weltweiten Primärenergieverbrauchs und etwa 20% der globalen CO₂-Emissionen. Der mit Abstand größte Emittent der Region (und nach den USA der zweitgrößte in der Welt) ist China mit knapp 832 Mio. metrischen Tonnen Kohlenstoffäquivalente pro Jahr, gefolgt von Japan (316 Mio. Tonnen) und Südkorea (121 Mio. Tonnen).¹¹⁷ Es ist zu erwarten, daß mit wachsender industrieller Produktion und höheren Haushaltseinkommen die CO₂-Emissionen Chinas und damit die globale Belastung der Atmosphäre ansteigen werden. Chinas künftiger Energieverbrauch und die Ausgestaltung seiner Energie- und Klimaschutzpolitik sind deshalb nicht nur ein wichtiger Bestimmungsfaktor der nationalen chinesischen Entwicklungs- und Wachstumspolitik, sondern auch von globalem Interesse. Da Chinas Treibhausgasemissionen Klima und Luftqualität in der Region beeinflussen, ist Chinas Umweltpolitik für Japan und Südkorea von besonderem Belang. Es hat sich gezeigt, daß die Anforderungen des globalen Klimaschutzes und die Verpflichtungen Japans aus dem Kyoto-Protokoll die regionale Zusammenarbeit in diesem Bereich gefördert haben.¹¹⁸

Chinas CO₂-Emissionen sind zwar ein globales Problem, im Rahmen des Kyoto-Protokolls unterliegt China als Entwicklungsland aber keinerlei Verpflichtungen zur Beschränkung des Ausstoßes von Treibhausgasen. Da andererseits die Luftverschmutzung die chinesischen Industriestädte spürbar belastet und Chinas internationales Ansehen bei einem weiterhin ungebremsen Wachstum von CO₂-Emissionen sowohl in der Region als auch international Schaden nehmen dürfte, hat China durchaus ein Interesse an der Eindämmung der Luftverschmutzung. Hinzu kamen die katastrophalen Überschwemmungen des Yangze in den Jahren 1998 und 2002. Obwohl diese nicht unbedingt mit Treibhausgasen in Zusammenhang standen, haben sie das Bewußtsein in der chinesischen Politik und Öffentlichkeit für die Risiken eines Klimawandels

¹¹⁴ Agence France-Presse, 26.10.2003, zit. n. NAPSNET Daily Report, 27.10.2003.

¹¹⁵ Angaben entnommen aus den Statistischen Jahrbüchern Japans und Chinas.

¹¹⁶ OECD (Hg.), *The World in 2020: Towards a New Global Age*, Paris 1997.

¹¹⁷ Angaben entnommen aus: *U.S. Energy Information Administration*, *International Energy Outlook 2003*, <http://www.eia.doe.gov/oiaf/archive/ieo03/tbl_a10.html> (Zugriff: 2.5.2004). Allerdings sind Chinas CO₂-Emissionen nur in absoluten Werten hoch; pro Kopf gerechnet sind Energieverbrauch und CO₂-Emissionen gering.

¹¹⁸ So auch: Yasuko Kameyama, *Will Global Warming Affect Sino-Japan Relations?*, in: Hilpert/Haak (Hg.), *Japan and China* [wie Fn. 102], S. 140–157; vgl. auch die folgenden Ausführungen.

geschärft. Wenngleich China auf der politischen Ebene immer wieder betont, daß für den Klimaschutz primär die Industrieländer verantwortlich seien, nimmt es ausländische Hilfen zur Reduktion der eigenen CO₂-Emissionen gerne an.

Japan hat sich als Industrieland im Gegensatz zu China (und Südkorea) zu einschneidenden Begrenzungen seiner Treibhausgasemissionen verpflichtet und diese Entscheidung gegen nicht unerheblichen politischen Druck von Seiten der USA und Australiens getroffen.¹¹⁹ So sieht das Kyoto-Protokoll für Japan bezogen auf das Basisjahr 1990 eine sechsprozentige Senkung des jährlichen Ausstoßes von Treibhausgasen bis zu den Jahren 2008 bis 2012 vor. Aufgrund der beträchtlichen Investitionen zur Energieersparnis und Luftreinhaltung in den achtziger Jahren, die das Land zur energieeffizientesten¹²⁰ Volkswirtschaft weltweit gemacht haben, sind die Kosten der Minderung von Treibhausgasemissionen nunmehr (also nach 1990) für Japan merklich höher als für andere Industrieländer. Anders gewendet: Nirgendwo sonst hat ein gegebener Investitionsbetrag so geringe emissionsmindernde Effekte wie in Japan. Daher gibt es dort ein besonderes Interesse an internationaler Kooperation im Klimaschutz. Attraktiv für Japan ist vor allem der im Kyoto-Protokoll in Kraft gesetzte *Clean Development-Mechanismus*, der es einem Industrieland erlaubt, sich die Verringerung von Treibhausgasemissionen in Entwicklungsländern gutschreiben zu lassen, sofern eine entsprechende Vereinbarung mit dem Partnerland vorliegt. Für Japan ist es insbesondere von Vorteil, eine entsprechende Übereinkunft mit dem regionalen Nachbarn China zu schließen.¹²¹ Erstens sinken mit einer CO₂-Minderung auch die regionalen SO₂-

Emissionen, die für den sauren Regen in der Region wesentlich verantwortlich sind. Zweitens ist eine Entwicklungshilfe an China, die im Zusammenhang mit Japans globalen Verpflichtungen aus dem Kyoto-Protokoll steht, für die japanische Öffentlichkeit akzeptabler. Und drittens ist China ein sehr attraktiver Umweltschutzmarkt, der auch für die japanische Industrie lohnende Möglichkeiten bietet.

Sowohl China als auch Japan ziehen also Vorteile aus einer Zusammenarbeit beim globalen Klimaschutz. An klimapolitischer Zusammenarbeit dürfte Japan allerdings ein dringenderes und größeres Interesse haben als China, das auf diesem Feld auch mit Industrieländern aus anderen Weltregionen kooperiert, nicht zuletzt mit Deutschland. Dementsprechend gehen die zahlreichen multilateralen und bilateralen klima- und umweltpolitischen Gesprächs- und Aktionsinitiativen in der Region von Japan (oder von Südkorea) aus, nicht aber von China.¹²²

Grenzüberschreitende Umweltprobleme

Zwar schädigen die von industrieller Produktion und Konsum ausgehenden Belastungen von Luft, Wasser und Böden in aller Regel den Verursacherstaat stets am meisten, aber sie wirken auch grenzüberschreitend: Japan und Korea tragen einen Teil der externen Kosten der oftmals schonungslosen Industrialisierung Chinas. Umgekehrt hat Japan viele seiner umwelt- und ressourcenbelastenden Fertigungsprozesse nach China (und in andere Standorte Asiens) verlagert, also eigene Umweltprobleme exportiert. Vor diesem Hintergrund kann es nicht überraschen, daß im Kontext der grenzüberschreitenden Umweltprobleme das chinesisch-japanische Verhältnis im Kern antagonistisch ist. Folgende Probleme stehen im Mittelpunkt:

- ▶ **Saurer Regen:** Verantwortlich für sauren Regen sind hauptsächlich SO₂- und NO-Emissionen. Entsprechend belastend wirkt der Energieeinsatz von schwefelhaltiger Kohle in der Industrie und zur Wohnungsheizung in China. Ein zunehmendes

¹¹⁹ Japan hat per Kabinettsbeschuß vom 29. März 2002 das Kyoto-Protokoll ratifiziert. Ob das Protokoll tatsächlich als international verbindliches Rechtsabkommen in Kraft tritt, ist angesichts der weiterhin ausstehenden Ratifizierung Rußlands offen. In den folgenden Ausführungen wird davon ausgegangen, daß Japan die eingegangenen Verpflichtungen in der vorliegenden Form umsetzen wird.

¹²⁰ Energieeffizienz ist der Anteil des Endenergieverbrauchs (d.h. die beim Verbraucher nach Umwandlungsprozessen ankommende und genutzte Energie) am Primärenergieverbrauch. Energieeffizienz gibt damit an, wieviel Energie letztlich aus der eingesetzten Primärenergie gewonnen wird.

¹²¹ Zur japanischen Motivation in der chinesisch-japanischen Kooperation im Klimaschutz vgl. Hideo Imura, *The Role of Japan in Protecting the Environment in China*, in: *Sustainable Growth and Environmental Protection. The Case of China*, International Conference, Mercator Haus Duisburg, 17.-19.8.2003, S. 6-13; Kameyama, *Will Global Warming Affect Sino-Japan Relations?* [wie Fn. 118], hier S. 146-154.

¹²² Beispiele sind das »Asia-Pacific Seminar on Climate Change«, das »Asia-Pacific Network for Global Change Research«, die »Conference on Northeast Asia Environmental Cooperation«, der »Environmental Congress for Asia and the Pacific«, das »China-Japan Environment Cooperation Comprehensive Forum« sowie die umweltpolitische Schwerpunktsetzung in Japans Entwicklungshilfe für China; vgl. Kameyama, *Will Global Warming Affect Sino-Japan Relations?* [wie Fn. 118], hier S. 147f.

Problem ist die beginnende Motorisierung Chinas. Von 1980 bis 2001 haben sich die SO₂-Emissionen in China verdoppelt und sind dort zu einem der drängendsten umweltpolitischen Probleme geworden.¹²³ Sie sind aber auch, gemeinsam mit den lokalen SO₂-Emissionen Koreas und Japans, Ursache für den sauren Regen in diesen Ländern.

- **Gelber Sand:** Aufgrund von Überweidung, Überdüngung und Versiegelung der Böden breiten sich in der Mongolei, in Kasachstan und in Nord- und Westchina Steppen und Wüsten aus. Infolge dieser Entwicklung nehmen seit 1998 Häufigkeit und Intensität von Sandstürmen zu, die heute auch die koreanische Halbinsel und den Süden Japans belasten.
- **Meeresverschmutzung:** Durch die ständige Abwässerung, die Entsorgung von Hausmüll und Sondermüll im Meer, den zunehmenden Schiffsverkehr sowie aufgrund von Unfällen auf hoher See hat die Meeresverschmutzung in Nordostasien teilweise dramatische Formen angenommen. Während die Lage in der Japanischen See noch stabil ist, scheint sie in dem von China und der koreanischen Halbinsel begrenzten Gelben Meer prekär zu sein.

Als Konsequenz dieser Probleme konzentrieren Japan und Südkorea ihre Entwicklungshilfe für China zunehmend auf den ökologischen Bereich und versuchen über neu geschaffene Institutionen auf Chinas Umweltpolitik Einfluß zu nehmen. So wurden beispielsweise von japanischer Entwicklungshilfe der Einbau von Entschwefelungsanlagen, die Modernisierung der Energieerzeugung, zahlreiche Wasser- und Abwasserprojekte, die ökologische Sanierung von drei ausgewählten Modellstädten (Chongqing, Guiyang und Dalian) und die Einrichtung des »Japan-China Friendship Environmental Protection Center« finanziert.¹²⁴ Auf Initiative Japans und Südkoreas sind etliche regionale Umweltinstitutionen entstanden, die sich Informationsaustausch sowie Erforschung, regionale Diskussion und Bewältigung von Umweltproblemen zur Aufgabe gemacht haben.¹²⁵ Diese Institutionen ermög-

lichen zwar punktuell oder bereichsweise eine regionale Konsensfindung, aber nicht eine verbindliche Umsetzung von Maßnahmen auf nationaler Ebene. Eine kohärente, länderübergreifende und nachhaltig angelegte Umweltpolitik sieht sich in Nordostasien mit politischen Widerständen und tiefgreifenden Interessengegensätzen Japans und Chinas konfrontiert. China verwahrt sich gegen tatsächliche oder vermeintliche Versuche der Einmischung in die nationale Entwicklungs- und Industrialisierungspolitik oder gar gegen eine japanische Führungsrolle im regionalen Umweltschutz. Aus chinesischer Sicht schulden Japan und Südkorea aufgrund ihres Entwicklungsvorsprungs China umweltpolitische Unterstützung. Des weiteren stehen für China andere Umweltprobleme, die keine oder nur mittelbar eine grenzüberschreitende Wirkung entfalten, im Vordergrund, zum Beispiel der Wassermangel in Nordchina.

Das Verhältnis im Bereich Ressourcen und Umwelt

Konkurrenz um natürliche Ressourcen, Kooperation im globalen Klimaschutz und Konflikt im grenzüberschreitenden Umweltschutz: In Fragen der Ökologie scheint also – anders als im Bereich Handel und Wirtschaft – tendenziell eine chinesisch-japanische Rivalität vorzuliegen. Generell fallen ökonomische und ökologische Ausgangssituation und Interessenlagen beider Länder auseinander: Für das Industrieland Japan sind ein hoher Ressourcenverbrauch, eine hohe Energieeffizienz und eine hohe gesellschaftliche Präferenz für Umweltqualität kennzeichnend, für das Entwicklungsland China jedoch ein niedriger Ressourcenverbrauch (pro Kopf), eine niedrige Energieeffizienz und eine eher geringe gesellschaftliche Präferenz für Umweltqualität im Vergleich zu den vorrangigen Zielen Wirtschaftswachstum und Wohlstandssteigerung. Einer engen energie- und umweltpolitischen

¹²³ Vgl. Oberheitmann, Future Chinese Energy Security Strategies [wie Fn. 112], S. 14.

¹²⁴ Vgl. Imura, The Role of Japan in Protecting the Environment in China [wie Fn. 121], S. 6–10.

¹²⁵ Beispiele für derartige Institutionen sind: der »Environmental Congress for Asia and Pacific« (ECO-Asia), die »North-east Asian Conference on Environmental Cooperation« (NEAC), die »Senior Officials on Environmental Cooperation in Northeast Asia« (SOMECEA), das »Northeast Asia Sub-

regional Programme of Environmental Cooperation« (NEASPEC), »The Annual Meeting of the Environmental Ministers« (TEMM), das »East Asia Acid Deposition Monitoring Network« (EANET), das »Acid Deposition and Oxidant Research Centre« (ADORC) und der »Northwest Pacific Action Plan« (NOWPAP). Zu den regionalen umweltpolitischen Institutionen in Nordostasien und zu den politischen Problemen einer intensiveren regionalen Kooperation vgl. Reinhard Drifte, Transboundary Pollution as an Issue in Northeast Asian Regional Politics, November 2003, <<http://www.lse.ac.uk/Depts/asia/drifte.htm>> (Zugriff: 12.2.2004).

Zusammenarbeit zwischen Japan und China steht auch die Priorität entgegen, die beide Länder dem Wirtschaftswachstum und der Politik beimessen.¹²⁶ Gleichwohl ist das kooperative Element ein wichtiges Korrektiv, das konfliktlösend wirkt und dem beiderseitigen Interessenausgleich dient. Durch bilaterale oder regionale Kooperation konnten wichtige Fortschritte im umweltpolitischen Bereich erzielt werden. Sie kommt insbesondere zum Tragen, wenn es um das gemeinsame globale Ziel des Klimaschutzes geht.

126 Dazu ausführlich: Gilbert Rozman, *The Northeast Asian Regional Context for Environmentalism: Assessing Environmental Goals against Other Priorities in the 1990s*, in: *Journal of East Asian Studies*, 1 (2001) 2, S. 13–30.

Regionale Integrationspolitik

Während die regionale Handelspolitik Japans und Chinas von gegenseitiger Rivalität gekennzeichnet ist, scheint sich in der regionalen Finanzpolitik eine vorsichtige, langfristig angelegte Zusammenarbeit anzudeuten.

Handelspolitik in Ostasien: Rivalität um die Gunst Südostasiens

Bis gegen Ende der neunziger Jahre war die Handelspolitik Ostasiens generell geprägt von der Nichtexistenz handelspolitischer Abkommen und einer nichtdiskriminierenden Liberalisierungsstrategie der Einzelstaaten. Einzige Ausnahme war die handelspolitische Integration der Asean-Staaten, die allerdings wegen der zahlreichen Ausnahmen und des mit 20% nach wie vor geringen Umfangs des Intra-Asean-Handels nicht wirklich relevant wurde. Bald nach Abschluß der Uruguay-Runde im Jahr 1995 setzte aber auch in Ostasien ein Wandel hin zu handelspolitischem Bilateralismus und Regionalismus ein. Angesichts der Ungewißheit über die weitere Entwicklung von Welthandelspolitik und Welthandelssystem sowie mit Blick auf die Blockbildungen und den Trend zu bilateralen Freihandelsabkommen in Amerika und Europa fürchtete man in der Region, ins Abseits gedrängt zu werden. Zudem hat der innerasiatische Handel inzwischen ein Niveau erreicht, welches bilaterale und regionale Handelsabkommen als sehr attraktiv erscheinen läßt. Ein ganz Ostasien umfassendes Freihandelsabkommen besäße sicherlich ein beträchtliches Potential für Handelsschaffung und daraus resultierende Wohlfahrtsgewinne. Gleichwohl erscheint eine solche Handelsintegration wegen der konkurrierenden Außenhandelsmuster und Industrialisierungsstrategien der Schwellenländer und aufgrund der in der Region bestehenden Einkommens- und Entwicklungsunterschiede kurz- und mittelfristig als sehr unwahrscheinlich. Ein Hindernis ist vor allem das chinesisch-japanische Verhältnis – trotz oder möglicherweise gerade wegen der hohen Intensität der bilateralen Handelsbeziehungen: China wird den gegenwärtigen Transformations- und Industrialisierungsprozeß nicht durch einen ungebremsen Import

von Industrieprodukten »made in Japan« gefährden wollen. In Japan wiederum dürfte der privilegierte Import von billigen Agrargütern und Industriewaren aus China kaum politisch durchsetzbar sein. Daher mutet gerade zwischen Japan und China das Ziel einer vollständigen Handelsliberalisierung illusorisch an. Vor diesem Hintergrund zielt die Handelspolitik Japans und Chinas auf Drittstaaten, vornehmlich in Asien.

Während innerhalb Nordostasiens bestenfalls ein bilaterales Freihandelsabkommen zwischen Japan und Südkorea denkbar erscheint, geht von Südostasien eine sehr viel intensivere handelspolitische Aktivität aus, und zwar sowohl von den Einzelstaaten, insbesondere Singapurs, als auch von der Asean-Gemeinschaft als institutioneller Einheit. Die Asean-Gemeinschaft strebt Freihandelsabkommen mit China, Japan, Korea, Indien, Australien/Neuseeland und den USA an, um sich in diesen Partnerländern den Marktzugang zu sichern. Dabei ist aus Asean-Sicht der Schulterschuß mit Nordostasien prioritär, weil ein isoliertes Südostasien in der Welthandelspolitik nur ein relativ geringes Gewicht besäße. Da aber, wie erwähnt, ein ganz Ostasien umfassendes regionales Handelsabkommen unrealistisch sein dürfte, bemüht man sich um bilaterale Abkommen. Aus dieser Konstellation heraus ist eine chinesisch-japanische Rivalität um die handelspolitische Gunst Südostasiens erwachsen.¹²⁷

- Chinas damaliger Premierminister Zhu Rongji eröffnete den Verhandlungsprozeß im November 2000 mit einem aus Asean-Sicht großzügigen Angebot, obgleich China bereits zu diesem Zeitpunkt im Zuge seines WTO-Beitritts substantielle Marktöffnungen zugesagt hatte. Ein Jahr später begannen die offiziellen Verhandlungen, die im November 2002 in ein Rahmenabkommen für bilaterale wirtschaftliche Zusammenarbeit mündeten. Dieses sieht vor, bis zum Jahr 2010 eine Freihandelszone zwischen China und den sechs Asean-Gründstaaten¹²⁸ zu errichten und diese Zone bis zum Jahr

¹²⁷ Die offiziellen Vereinbarungen der Asean-Gemeinschaft mit China und Japan finden sich unter: <<http://www.aseansec.org/13999.htm>> (Zugriff: 13.2.2004).

¹²⁸ Indonesien, Malaysia, Philippinen, Singapur und Thailand sowie Brunei, das erst im Jahr 1986 der Asean-Gemeinschaft beigetreten war.

2015 um die in den neunziger Jahren neu beigetretenen Asean-Staaten¹²⁹ zu erweitern. China hat inzwischen begonnen, das Abkommen umzusetzen. Seit Oktober 2003 kann Thailand Obst und Gemüse zollfrei nach China einführen, seit Januar 2004 besteht Zollfreiheit für weitere Produkte aus den sechs Asean-Gründerstaaten. Zudem finanziert China Entwicklungshilfeprojekte in Indochina und gewährte den neuen Asean-Mitgliedern einen Schuldenerlaß.

- Japan konterte im Januar 2002 mit einer Initiative für eine umfassende wirtschaftliche Zusammenarbeit, die grundsätzlich auch offen für bilateralen Freihandel (bis zum Jahr 2012) und die Öffnung der japanischen Agrarmärkte sein soll. Mit Singapur hat Japan bereits ein erstes Freihandelsabkommen abgeschlossen. Mit Malaysia, den Philippinen und Thailand ist die Aufnahme von Verhandlungen zu Jahresbeginn 2004 vereinbart worden. Verhandlungen zwischen Japan und der Asean-Gemeinschaft sind bislang aber nicht geplant. Dafür vereinbarten Japan und die Asean-Staaten anlässlich des Gipfeltreffens in Bali im Oktober 2003 eine umfassende wirtschaftliche Partnerschaft.¹³⁰ Anlässlich des folgenden Asean-Gipfeltreffens im Dezember 2003 trat Japan – wie zuvor bereits China – dem Asean-Vertrag für Freundschaft und Zusammenarbeit bei und verpflichtete sich, zahlreiche wirtschaftliche Kooperationsprojekte durchzuführen und an der bisherigen Priorität Südasiens in Japans staatlicher Entwicklungshilfe dauerhaft festzuhalten.

Die Gegenüberstellung zeigt, daß China in den letzten Jahren den Verhandlungs- und Kooperationsprozeß mit der Asean-Gemeinschaft erheblich engagierter als Japan führte. China ist nicht nur den Wünschen und Bedürfnissen der einzelnen Asean-Staaten in stärkerem Maße entgegengekommen, sondern leistet mit dem Freihandelsabkommen durch die explizite Einbindung von Nordstaaten der Asean auch einen Beitrag zu deren Kohäsion und Integration. Da zudem das chinesische Wirtschaftswachstum den südostasiatischen Schwellenländern die realistische Chance bietet, ihre außenwirtschaftliche Abhängigkeit vom amerikanischen Importmarkt etwas

abzumildern, muß China aus südostasiatischer Sicht als der attraktivere Partner erscheinen.¹³¹

Für das vergleichsweise zögerliche Handeln Japans sind sicherlich die machtvollen Interessen der japanischen Agrarlobby verantwortlich, über die sich die Handelsdiplomatie in der japanischen Konsensdemokratie nicht einfach hinwegsetzen kann. Überhaupt agieren China und Japan gegenüber Asean und Südostasien unter gänzlich verschiedenen Prioritäten und Handlungsvoraussetzungen: China geht es in erster Linie um ein gutes politisches Verhältnis zu seinen Nachbarn im Süden. Dafür ist es zu erheblichen wirtschaftlichen Vorleistungen bereit. Japan verfolgt überwiegend wirtschaftliche Motive. Es geht einerseits um bessere Standortbedingungen und einen einfacheren Marktzugang für die eigene Industrie, andererseits um eine Instrumentalisierung des externen Drucks für notwendige Marktöffnungsprozesse im Innern.¹³²

Das China-Asean-Freihandelsabkommen könnte zum Kern einer ostasiatischen Handels- und Wirtschaftsgemeinschaft werden. Damit kommen ihm strategische Implikationen zu. Generell führen Freihandelsabkommen zu Handelsschaffung und Wohlfahrtsgewinnen zugunsten der Mitgliedsländer und zu Handels- und Investitionsumlenkung zu Lasten von Drittländern. Japan sowie Südkorea und Taiwan wären also negativ betroffen. Sollte das China-Asean-Freihandelsabkommen tatsächlich zu einem Erfolg werden, ist vorstellbar, daß Japan in fernerer Zukunft zu ungünstigen Konditionen einen Beitritt aushandeln müßte. Nicht zuletzt um diesen Entwicklungen vorzubeugen, versucht Japan das China-Asean-Freihandelsabkommen durch bilaterale Abkommen mit den wichtigsten Asean-Mitgliedstaaten zu unterlaufen. Denkbar ist auch, daß ein noch auszuhandelndes Freihandelsabkommen zwischen Japan und Südkorea einen konkurrierenden handelspolitischen Kern in Ostasien bildet. Derartige Gegenstrategien werden indes nur dann Aussicht auf Erfolg haben, wenn Japan zu weitreichenden Zugeständnissen gegenüber seinen asiatischen Nachbarn bereit ist.

¹³¹ Vgl. Ba, China and Asean [wie Fn. 98], S. 638–644.

¹³² Vgl. Naoko Munakata, The Impact of the Rise of China and Regional Economic Integration in Asia – A Japanese Perspective, Statement Before the US-China Economic and Security Review Commission Hearing on China's Growth as Regional Economic Power: Impacts and Implications, Washington, D.C., 4.12.2003, <<http://www.brookings.edu/views/testimony/munakata20031204.htm>> (Zugriff: 15.2.2004).

¹²⁹ Birma, Kambodscha, Laos, Vietnam.

¹³⁰ Vgl. <<http://www.aseansec.org/4973.htm>> (Zugriff: 13.2.2004).

Regionale Finanzpolitik

Die zurückliegenden Turbulenzen an Asiens Finanzmärkten wie die daraus resultierende Finanz- und Strukturkrise waren und sind Ausgangspunkt aller regionalen währungs- und finanzpolitischen Aktivitäten und Überlegungen sowohl in Nordost- als auch in Südostasien. Japans und Chinas unmittelbare Krisenreaktionen unterschieden sich noch deutlich; inzwischen zeichnet sich jedoch als mittelbare Konsequenz der Asienkrise eine in die Zukunft weisende regionale Zusammenarbeit ab, die neben Japan und China auch die Länder Südostasiens sowie Südkorea umfaßt.

Nachdem im Sommer 1997 Südostasien von Währungsturbulenzen erfaßt worden war, schlug Japan vor, einen Asiatischen Währungsfonds (AWF) aufzulegen und ihn mit Liquidität in Höhe von 100 Mrd. US-Dollar auszustatten. Der Fonds sollte seinen asiatischen Mitgliedern in Finanzkrisen rasch und zu weichen Konditionen als der IWF Liquidität zur Verfügung stellen. Dieser Plan scheiterte jedoch am Veto der USA und des IWF. Aber auch China äußerte Bedenken, nicht zuletzt weil der AWF eine regionale Führungsrolle Japans impliziert hätte. Akzeptabler war schließlich der ein Jahr später nach dem Finanzminister Japans benannte Miyazawa-Plan, der Finanzhilfen für Thailand, Malaysia, die Philippinen, Indonesien und Südkorea in Höhe von 30 Mrd. US-Dollar vorsah, ohne damit aber eine institutionelle Weichenstellung vorzunehmen. Insgesamt wendete Japan zur Stabilisierung der Krisenländer Hilfen in Höhe von 49 Mrd. US-Dollar auf – ein Vielfaches von Chinas eher symbolischer finanzieller Hilfe an Thailand in Höhe von 1 Mrd. US-Dollar.¹³³ Dennoch wurde in der Region und auch international die Rolle Chinas bei der Bewältigung der Asienkrise als wichtiger und positiver eingeschätzt als diejenige Japans. Weil die chinesischen Währungsbehörden den Wechselkurs des Yuan gegenüber dem US-Dollar stabil hielten, kamen der regionale Abwertungswettlauf und die Finanzmarkt-turbulenzen zu einem Ende. Zwar lag die Aufrechterhaltung der Wechselkursstabilität in Chinas eigenem ökonomischem Interesse, doch gewann China dank dieser Politik nach außen beträchtlich an Statur. Japan hingegen mußte einen Verlust seines Ansehens in der Region hinnehmen. Es hatte sich als

unfähig erwiesen, eine regionale Führungsrolle – wenn nötig gegen amerikanischen Druck – zu übernehmen und weitete, anders als China, wegen der anhaltenden binnenwirtschaftlichen Stagnation auch seine Importe nicht aus.

Über die Versuche der unmittelbaren Krisenbewältigung hinaus gab die Asienkrise den Anstoß zu ersten Schritten in Richtung eines monetären Regionalismus in Ostasien.¹³⁴ Die Asienkrise hat die Verwundbarkeit der asiatischen Schwellenländer gegenüber Währungs- und Finanzmarktschocks offengelegt. Aufgrund des erreichten Grades ökonomischer Interdependenz sieht sich Ostasien nun als eine wirtschaftliche Schicksalsgemeinschaft, die in Krisenzeiten nicht mit Hilfen der USA oder der internationalen Finanzinstitutionen rechnen darf. Die vom IWF getroffenen Maßnahmen wurden als unangemessen wahrgenommen, seine harsche Vorgehensweise als Demütigung empfunden.

Aus den Ereignissen zogen die betroffenen Länder die Lehre, daß man für künftige Krisensituationen besser gewappnet sein müsse. Bezogen auf die nationale Ebene impliziert dies den Aufbau ausreichender Devisenreserven zur Abwehr spekulativer Währungsangriffen, die Durchführung institutioneller Reformen und den Aufbau eines stabilen Bankensystems. Bezogen auf die Region Ostasien bedarf es einer engeren regionalen Kooperation und eines Umbaus der Finanzarchitektur, so daß in Krisensituationen regionale Liquidität zur Verfügung steht und (intra-) regional stabile Wechselkurse herrschen. Es ist offenkundig, daß diese Ziele nur kooperativ und nur auf sehr lange Sicht erreicht werden können. Zu einer derartigen Vorgehensweise hat sich die Region unter Einschluß Japans und Chinas zusammengefunden, wenn auch die bisher getroffenen Maßnahmen eher symbolischer Art sind und die regionale Finanzarchitektur nicht wirklich verändert haben. Immerhin hat die regionale Finanz- und Währungskooperation im Rahmen der nun entstandenen Asean+3-Formation erste Fortschritte gemacht. So kamen im Mai 2000 im thailändischen Chiang Mai die Finanzminister der Asean-Staaten, Chinas, Japans und Südkoreas überein, sich in Krisensituationen gegenseitig mit Liquiditätshilfen zu unterstützen und zu diesem Zweck ein Netzwerk bilateraler Vereinbarungen aufzubauen. Entsprechende Swap-Vereinbarungen wurden 2001 und 2002

¹³³ Vgl. Glenn D. Hook, Japan's Role in the East Asian Political Economy: From Crisis to Bloc?, in: Asian Business & Management, (2002) 1, S. 19–37 (26).

¹³⁴ Details hierzu vgl. Heribert Dieter, Abschied vom Multilateralismus? Der neue Regionalismus in der Handels- und Finanzpolitik, Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik, Februar 2003 (S 4/03), S. 20–25.

unter Beteiligung Japans, Chinas, Südkoreas, Thailands und Malaysias geschlossen. Sie reichen allerdings kaum über den IWF-Rahmen hinaus.

In jüngerer Zeit hat sich der Fokus der Kooperation verschoben. Unter Federführung der Asiatischen Entwicklungsbank (ADB) oder von japanischen Regierungsinstitutionen geht es nunmehr darum, Kompetenzen in der Aufsicht und Regulierung der nationalen Finanz- und Kapitalmärkte aufzubauen. Einer thailändischen Initiative zufolge sollen asiatische Regierungsanleihen vermehrt in asiatischen Kapitalmärkten selbst aufgelegt werden und mittelfristig auf einen asiatischen Währungskorb notieren. Die bisherigen Schritte in der regionalen finanzpolitischen Kooperation sind vielversprechend. Gleichwohl erscheint eine wirkliche währungspolitische Integration vorläufig noch illusorisch.¹³⁵ Eine Ankerwährung Yen ist schon wegen der interventionistischen Währungspolitik Japans nicht realistisch, die sich allzu sehr an nationalen Interessen orientiert; und sie ist wegen der binnenwirtschaftlichen Stagnation, der Strukturprobleme und der Deflation in Japan für die Länder der Region auch kaum attraktiv. Eine Ankerwährung Yuan macht wegen der gegenwärtig noch zu geringen außenwirtschaftlichen Verflechtung, der Risiken in der wirtschaftlichen und politischen Entwicklung Chinas, der noch nicht bestehenden Konvertibilität des Yuan und wegen möglicher Vorbehalte gegenüber einem Hegemon China bestenfalls perspektivisch Sinn. Vor diesem Hintergrund besteht im Bereich der Finanz- und Währungspolitik gegenwärtig zwischen Japan und China keine Rivalität und schon gar kein Gegensatz. Vielmehr sind beide Seiten an einer regionalen Kooperation interessiert, welche die finanz- und währungspolitischen Risiken für die Volkswirtschaften der Region systematisch vermindert.

¹³⁵ Vgl. Carsten Hefeker/Andreas Nabor, Yen or Yuan? China's Role in the Future of Asian Monetary Integration, Hamburg 2003 (HWWA Discussion Paper No. 206).

Perspektiven

Prognosen zur künftigen Entwicklung der chinesisch-japanischen Beziehungen fallen angesichts des gleichzeitigen Bestehens von kooperativen und konfliktiven Tendenzen zwangsläufig uneinheitlich aus: Wo der eine Beobachter wachsende gemeinsame Interessen erkennt, welche die vorhandenen Reibungen in den Hintergrund treten lassen,¹³⁶ sind andere davon überzeugt, daß die Rivalität zwischen Japan und China die positiven Seiten des Verhältnisses zunehmend überschatten wird.¹³⁷ Diese Widersprüchlichkeit dürfte die Grundkonstante im chinesisch-japanischen Verhältnis bleiben. Einerseits haben die wirtschaftlichen Beziehungen eine starke Eigendynamik gewonnen, und die beiderseitige ökonomische Abhängigkeit wird sich noch weiter vertiefen. Andererseits sind beide Länder beim Zugang zu natürlichen Ressourcen wie in der regionalen Außen-, Handels- und Sicherheitspolitik Rivalen, deren gegenseitige Wahrnehmung in den Medien und der Öffentlichkeit zudem belastet ist. Es ist daher zu erwarten, daß diese in der Studie erörterten Grundmuster – ökonomische Interdependenz, politische Rivalität und Konflikte – auch zukünftig das bilaterale Verhältnis prägen werden.

Daß die Spannungen zwischen China und Japan einfach verschwinden werden, ist also nicht zu erwarten. Allein die negativen Seiten der Geschichte ihres bilateralen Verhältnisses lassen keine plötzliche und substantielle Verbesserung der politischen Zusammenarbeit erwarten.¹³⁸ Im Gegenteil werden zunehmende Verflechtung und Interdependenz immer wieder neue Friktionen produzieren. Entscheidend ist aber, ob beide Staaten den Willen und die Fähigkeit haben, nach Verhandlungslösungen zu suchen und dafür entsprechende – bilaterale oder multilaterale – Mechanismen einzurichten bzw. in Anspruch zu nehmen.

Die Chancen dafür sind so schlecht nicht. Der Stellenwert ihrer gegenseitigen Beziehungen ist jedenfalls beiden Regierungen bewußt. Die von Premierminister Koizumi eingesetzte Task-Force zur Außenpolitik bezeichnete in ihrem Bericht Ende 2002 die Beziehung zu China als »das wichtigste Thema in Japans Außenpolitik am Beginn des 21. Jahrhunderts«. Kooperation und Koexistenz einerseits, Wettbewerb und Reibung andererseits seien im Verhältnis zwischen China und Japan miteinander verwoben. Chinas wirtschaftlicher Aufstieg wird in diesem Bericht als eine der drei großen Veränderungen in der Welt genannt, mit denen sich Japan auseinanderzusetzen habe.¹³⁹ In Chinas außenpolitischem Konzept fällt die Rolle Japans zwar nicht ganz so prominent aus,¹⁴⁰ die Implikationen eines guten oder schlechten bilateralen Verhältnisses für die Gesamtregion werden aber auch von chinesischer Seite herausgestellt.¹⁴¹

Die Hindernisse für eine allmähliche Verbesserung des Verhältnisses erscheinen nicht unüberwindlich: Die Konkurrenz um Ressourcen oder um handelspolitische Positionen spiegeln Interessengegensätze, sind aber für beide Seiten keine existentiellen Probleme, für die ein Ausgleich nicht gefunden werden könnte. Auch der territoriale Konflikt um Diaoyutai/Senkaku hat vorerst nicht das Potential, militärisch zu eskalieren. Auf dem Feld der globalen Klimapolitik zeichnet sich zwischen beiden Ländern eine vielversprechende Zusammenarbeit ab. Bezüglich der Nuklearkrise auf der koreanischen Halbinsel arbeiten China und Japan zusammen, wenn sie auch nicht unbedingt identische Interessen verfolgen. Im Verhältnis zwischen der Volksrepublik und Taiwan ist der entscheidende externe Akteur nicht Japan, sondern die

136 So Robert Sutter, *China and Japan. Trouble Ahead?*, in: *The Washington Quarterly*, 25 (Herbst 2002) 4, S. 37–49 (39); eher positiv auch Jonathan Lemco/Scott B. MacDonald, *Sino-Japanese Relations: Competition and Cooperation*, in: *Current History*, 101 (September 2002) 656, S. 290–293.

137 Benjamin Self, *China and Japan: A Façade of Friendship*, in: *The Washington Quarterly*, 26 (Winter 2002–2003) 1, S. 77–88 (77).

138 Zu diesem Fazit kommt auch Robert Sutter, zit. in: Hill, Hu Woos Japan [wie Fn. 36], S. 51.

139 Vgl. Task Force on Foreign Relations for the Prime Minister: *Basic Strategies for Japan's Foreign Policy in the 21st Century*. New Era, New Vision, New Diplomacy (Executive Summary), 28.11.2002, <http://www.kantei.go.jp/foreign/policy/2002/1128tf_e.html> (Zugriff: 28.1.2004). Die beiden anderen großen Veränderungen sind die Globalisierung und die wachsende Bedeutung von Streitkräften.

140 Vgl. *Zhonghua Renmin Gongheguo Waijiaobu Zhengce Yanjiu Shi* [Politikforschungsbüro des chinesischen Außenministeriums], *Zhongguo waijiao/China's Foreign Affairs*, 2003 nian ban [Ausgabe 2003], Beijing 2003, S. 183–186.

141 Vgl. Hill, Hu Woos Japan [wie Fn. 36], S. 50.

USA, die Japan allerdings im Konfliktfall vor eine schwere Wahl stellen könnten.

China hat sich in den letzten Jahren systematisch darum bemüht, die Beziehungen zu seinen direkten Nachbarn zu verbessern. Dies schließt auch Japan ein, selbst wenn hier noch wenige greifbare Ergebnisse vorliegen.

Daß Japan politisch wie militärisch eine aktivere Rolle in- und außerhalb der Region übernehmen wird und daß damit nicht zwangsläufig eine Wiederbelebung seiner imperialen Ambitionen verbunden ist, wird China wohl vorerst nur akzeptieren, solange Japan in die Sicherheitsallianz mit den USA eingebunden bleibt. Umgekehrt ist Chinas Aufstieg zur Regionalmacht für Japan mit amerikanischer Rücken- deckung weniger bedrohlich. Hilfreich wäre es, wenn sich China zu mehr Transparenz bezüglich seines Militärs durchringen und beide Seiten ihre vertrauens- bildenden Maßnahmen noch deutlich ausbauen würden. Die nordkoreanische Nuklearkrise hat hier Impulse gegeben.

Ob China und Japan tatsächlich zu einem neuen Umgang miteinander finden, der sich nicht immer wieder an den Altlasten der Geschichte abarbeitet, wird letztlich von den künftigen innenpolitischen Ent- wicklungen abhängen. Beide Länder durchlaufen Iden- titätskrisen – China durch seine tiefgreifende und noch unvollendete Transformation, Japan durch die bereits mehr als eine Dekade andauernde wirtschaft- liche Stagnationskrise.¹⁴² Damit ist die Versuchung, in solchen Krisenzeiten nationalistische Stimmungen zu bedienen, in beiden Staaten gegeben.

Selbst wenn sie es wollte, ist es für die chinesische Führung unter Hu Jintao, die erst im Herbst 2002 die Macht übernommen hat, noch zu früh, gegenüber Japan einen Kurs einzuschlagen, der sich deutlich von ihren Vorgängern abhebt. Immerhin hat es aber aus akademischen Kreisen Ende 2002 erste Vorstöße gegeben, eine strategische Perspektive für die Bezie- hungen zu Japan zu entwickeln. Das »neue Denken« sieht nicht nur vor, die Auseinandersetzungen um die Geschichte ad acta zu legen;¹⁴³ hier wurden auch eine

Reihe weiterer Vorschläge gemacht, wie zum Beispiel aktive staatliche Maßnahmen zur Steigerung der Im- porte und Investitionen aus Japan, eine tolerantere Haltung gegenüber Japans militärischer »Normalisie- rung«, intensivere Kooperation mit Japan in den multilateralen Organisationen der Region und schließlich eine Unterstützung Japans in der Frage eines permanenten Sitzes im Sicherheitsrat der Ver- einigten Nationen.¹⁴⁴ Diese Ideen fanden keine Ent- sprechung auf japanischer Seite und riefen eine heftige Gegenreaktion in China selbst hervor,¹⁴⁵ sie haben aber immerhin eine Diskussion angestoßen. Sollte die chinesische Führung sich das »neue Denken« zu eigen machen, müßte die Medienberichterstattung sich stärker den positiven Aspekten der chinesisch- japanischen Beziehungen widmen, um Japans An- sehen auch in der Bevölkerung zu verbessern. Wäh- rend dies in China mit seiner noch immer staatlich gelenkten Presse vorstellbar wäre, wird es schwieriger sein, das Image Chinas in Japan zu verändern.¹⁴⁶ In Japan sind es vor allem das Handelsministerium und die Großindustrie, die auf das bilaterale Verhältnis konfliktmindernd einwirken. Sie waren dafür verant- wortlich, daß über die gesamten neunziger Jahre bis heute die Flut billiger Industrieprodukte aus China nicht mit Anti-Dumping-Auflagen oder anderen protektionistischen Maßnahmen abgewehrt wurden.

Ein Durchbruch zu einem wirklich engen Zusam- menschluß zwischen China und Japan ist aufgrund der regionalen Konstellation, insbesondere einer starken amerikanischen Präsenz, ebenso unwahr- scheinlich wie der Ausbruch eines offenen Konfliktes. Eine chinesisch-japanische Entente wäre nur denkbar entweder im Windschatten einer deutlichen chine- sisch-amerikanischen Annäherung oder als Reaktion auf einen Rückzug der USA aus der Allianz. Im letz- teren Fall wäre aber auch eine direkte Konfrontation

oder weniger zufrieden sein mit dem Grad an Reue und Be- dauern, das die japanische Regierung öffentlich ausdrückt bezüglich der Verbrechen, die die Japaner an den Chinesen in der Geschichte begangen haben.«

144 Vgl. ebd.; auch Kwan Shi Hung, China's Confidence in Its »New Thinking« on Sino-Japanese Relations, in: China in Transition, 30.5.2003, <<http://www.rieti.go.jp/en/china/03053001.html>> (Zugriff: 28.1.2004).

145 Vgl. z.B. Tang Zhongnan, Zhengque renshi he duidai lishi shi guanjian [Korrekt erkennen und damit umgehen, daß die Geschichte der Angelpunkt ist], in: Xiandai Guoji Guanxi, (2003) 10, S. 15–17.

146 In China ist die Vorstellung noch weit verbreitet, daß Regierungen auch in Demokratien direkten Einfluß auf die Medienberichterstattung nehmen können.

142 Glosserman, Building a Foundation for China–Japan Relations [wie Fn. 37].

143 Im Dezember 2002 erschien ein Artikel von Ma Lisheng in der chinesischen Zeitschrift *Zhanlue yu Guanli* [Strategy and Management], der für ein »neues Denken« in den chinesisch- japanischen Beziehungen eintrat. China solle keine formelle Entschuldigung von Japan einfordern. Eine ähnliche Position vertritt Shi Yinhong, Sino-Japanese Rapprochement as a »Diplomatic Revolution« [wie Fn. 8]: »[...] wir sollten mehr

zwischen China und Japan nicht ausgeschlossen. Schließlich könnte ein chinesisch-japanischer Konflikt dadurch ausgelöst werden, daß Japan durch die Allianz mit den USA in eine militärische Auseinandersetzung um Taiwan hineingezogen wird – in diesem Falle wären jedoch die Auswirkungen auf das chinesisch-japanische Verhältnis ein relativ untergeordnetes Problem. Da in all diesen Szenarien die USA eine wesentliche Rolle spielen, wären sie für Europa nicht nur mit Blick auf den asiatisch-pazifischen Raum relevant, sondern auch im Hinblick auf das transatlantische Verhältnis.

Sieht man von den USA ab, bleiben die Möglichkeiten beschränkt, extern Einfluß auf das Verhältnis zwischen China und Japan zu nehmen – zumal von deutscher und europäischer Seite.¹⁴⁷ Dennoch kann europäische Politik an eine Gemeinsamkeit mit Japan anknüpfen: das Interesse, China über aktives Engagement in die internationale Gemeinschaft zu integrieren und seinen Aufstieg so berechenbarer zu machen. Daher liegt insbesondere die Einbindung Chinas in die G-8-Kooperation sowohl im japanischen als auch im europäischen Interesse. Es würde sich lohnen, die Chancen hierfür auszuloten. Denn Chinas Haltung zu internationalen Organisationen und multilateralen Arrangements hat sich im Laufe der neunziger Jahre allmählich gewandelt, wie auch die jüngsten Initiativen in bezug auf Südostasien und die Übernahme einer Mittlerrolle in der nordkoreanischen Nuklearkrise zeigen.

Darüber hinaus existieren zwei Politikbereiche, in denen Deutschland und Europa positiv, das heißt konfliktmindernd auf Japan und China einwirken können. Zum einen könnte Europa im Rahmen des Asem-Dialogs verstärkt die eigenen Erfahrungen in der regionalen Handels- und Währungsintegration einbringen. Zweitens könnte Deutschland – der nach Japan zweitwichtigste Entwicklungshilfegeber Chinas mit analoger Schwerpunktsetzung im Umweltschutz – eine entwicklungspolitische Geberkooperation mit Japan in die Wege leiten. Ein solches Vorgehen würde nicht nur den konfliktmindernden Aspekt der japanischen Umweltpolitik verstärken, sondern könnte auch zu einer höheren Effizienz der Entwicklungshilfe führen.

¹⁴⁷ Die von deutscher Seite unternommenen Versuche, Japan bei der Aussöhnung mit Südkorea und China zu unterstützen – etwa in der Schulbuch-Frage –, haben das grundsätzliche Problem nicht beseitigt.

Abkürzungen

ABM	Anti-Ballistic Missile (Treaty)
ADB	Asian Development Bank
ADORC	Acid Deposition and Oxidant Research Centre
APCSS	Asia-Pacific Center for Security Studies
Apec	Asia-Pacific Economic Cooperation
Asean	Association of South-East Asian Nations
Asem	Asia-Europe Meeting
AWF	Asiatischer Währungsfonds
BBC	British Broadcasting Corporation
BIP	Bruttoinlandsprodukt
CO ₂	Kohlendioxid
CTBT	Comprehensive Test Ban Treaty
EANET	East Asia Acid Deposition Monitoring Network
ECO-Asia	Environmental Congress for Asia and Pacific
FAS	Federation of American Scientists
G 7	Die Gruppe der Sieben (die sieben führenden westlichen Industrieländer)
G 8	Die Gruppe der Acht (die sieben führenden westlichen Industrieländer plus Rußland)
HWWA	Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv
IMD	International Institute for Management Development
ISODARCO	International School on Disarmament and Research on Conflicts
IWF	Internationaler Währungsfonds
KPCh	Kommunistische Partei Chinas
LDP	Liberal Democratic Party (Japan)
MD	Missile Defense
METI	Ministry of Economy, Trade and Industry (Japan)
NAPSNET	The Northeast Asia Peace and Security Network
NEAC	Northeast Asian Conference on Environmental Cooperation
NEASPEC	Northeast Asia Subregional Programme of Environmental Cooperation
NGO	Non-Governmental Organization
NMD	National Missile Defense
NO	Stickstoffmonoxid
NOWPAP	Northwest Pacific Action Plan
NVV	(Nuklearer) Nichtverbreitungsvertrag
ODA	Official Development Aid
OECD	Organization for Economic Co-operation and Development
PacNet	Pacific Internet
PSI	Proliferation Security Initiative
SARS	Severe Acute Respiratory Syndrome
SDF	Self Defense Forces
SIPRI	Stockholm International Peace Research Institute
SO ₂	Schwefeldioxid
SOMECEA	Senior Officials on Environmental Cooperation in Northeast Asia
TEMM	The Annual Meeting of the Environmental Ministers
TMD	Theater Missile Defense
UN	United Nations
WTO	World Trade Organization